

Erfolgreicher Kurs in stürmischen Zeiten

3 Jahre Regierung Faymann

3 Jahre Arbeit für Österreich

Inhalt

1 . Einleitung und Überblick 3

2 . Arbeit & Soziales 5

3 . Pensionen & Pflege 7

5 . Finanzen & Wirtschaft 9

6 . Schule & Universitäten 11

7 . Frauen 16

8 . Familie & Jugend 18

9 . Gesundheit & Konsumenten 20

10 . Verkehr, Infrastruktur & Innovation 24

11 . Sicherheit & Justiz 27

12 . Umwelt & Landwirtschaft..... 29

13 . Europa & Außenpolitik 31

14 . Kultur, Medien & Sport 33

15 . Demokratie & Verwaltung 37

16 . Versprochen - umgesetzt 39



Drei Jahre Regierung Faymann: Österreich auf erfolgreichem Kurs in stürmischen Zeiten

Als die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann am 2. Dezember 2008 angelobt wurde, traf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auch Europa. Jetzt, nach drei arbeitsreichen Jahren, zeigt sich, dass Österreich sicher durch die Wirtschaftskrise geführt wurde und sich das Land bestens auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet hat. Die europaweit niedrigste Arbeitslosigkeit, der Ausbau des sozialen Netzes mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung, wichtige Verbesserungen in Zukunftsressorts wie Bildung und Innovation - das ist sozialdemokratische Politik in Österreich. Während andere Länder mit radikalen Sparmaßnahmen reagieren und die Menschen auf den Straßen gegen Massenarbeitslosigkeit protestieren, hat in Österreich der Weg der Regierung Faymann dazu geführt, dass Österreich ein europa-, ja sogar ein weltweites Vorbild in Sachen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Gesundheit und Innovation geworden ist.

Investitionen in die Zukunft: Arbeitsmarkt, Schulen, Gesundheit

Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die flächendeckende Umsetzung der Neuen Mittelschule oder der Pflegefonds sind Beispiele für die Erfolge eines modernen Österreichs. Bundeskanzler Werner Faymann und sein Team werden auch die nächsten beiden Jahre mit voller Kraft dafür kämpfen, dass Österreich seine Vorbildwirkung nicht nur behält, sondern sogar stärkt und mit jedem Tag ein Stück sozialer, fairer und gerechter wird. Dazu gehören u.a. weitere Reformen in den Schulen und Unis sowie Maßnahmen, die unser hohes Sozial- und Gesundheitsniveau effizient sichern. Auf EU-Ebene tritt Österreich weiterhin mit großer Verantwortung für neue Regeln für die Finanzmärkte auf. Ein Schwerpunkt dabei ist die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

Gerechte Einnahmen und Budgetsanierung

„Verteilungsgerechtigkeit“ wird auch in Zukunft der Schwerpunkt der Regierung Faymann sein. Österreich braucht einen ausgeglichenen Mix aus Sparsamkeit und sozial gerechten Einnahmen, um die Staatsschulden im Griff zu haben und enorm hohe Zinszahlungen zu vermeiden. Das ist notwendig, um von Spekulanten der internationalen Finanzmärkte unabhängig zu sein. Mit fiskalpolitischen Maßnahmen wie der Bankenabgabe, der Einschränkung der Stiftungsprivilegien oder der Vermögenszuwachssteuer, die seit 2011 gelten, müssen auch jene ihren Beitrag leisten, die für die Ursachen der Krise mitverantwortlich sind. Banken, Spekulanten, Konzerne und Stiftungen tragen zwei Drittel der neuen Einnahmen, die 2010 beschlossen wurden. Allein für 2012 bringen vermögensbezogene Steuern eine Milliarde Euro für das Budget.

Dazu brauchen wir Reformen für eine effiziente Verwaltung oder Maßnahmen wie etwa die Heranführung des faktischen an das tatsächliche Pensionsantrittsalter. Durch eine sozial ausgewogene Konsolidierung des Budgets wird ein finanzieller Spielraum geschaffen, um in die Zukunft zu investieren - in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung.

3 Jahre Regierung Faymann - 3 Jahre Arbeit für Österreich

- Konjunkturpakete I+II (2,9 Mrd. Euro) in der Krise zum Schutz von Arbeitsmarkt und Wirtschaft
- Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik - Österreich mit niedrigster Arbeitslosigkeit in Europa
- Budgets 2010, 2011: Ausgabenobergrenzen, Bundesfinanzrahmen - „Triple A“-Rating behalten
- „Schuldenbremse“: Neue Defizitregel nach dt. Vorbild
- Budget 2011: Zwei Drittel der neuen Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern (Bankenabgabe, Vermögenszuwachssteuer etc.)
- Stabilitätspaket Bund-Länder Neu
- Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping
- Rot-Weiß-Rot-Karte für geregelte Zuwanderung
- Nationaler Aktionsplan Integration
- Bedarfsorientierte Mindestsicherung
- Pflegefonds
- Pflegegeld erhöht
- Pensionsversicherung
- Einkommensabhängiges Kindergeld
- Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen
- Kostenloses, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- Kinderrechte in der Verfassung
- Einkommenstransparenz in Betrieben
- Frauenquote in staatsnahen Unternehmen
- Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle
- Offensivmittel für Schulen, Universitäten, Forschung
- Neue Mittelschule wird zur Regelschule
- Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen
- Kleinere Klassen (max. 25 Schüler)
- Studiengebühren abgeschafft
- Spitalsreform auf Schiene
- Krankenkassen saniert, Strukturfonds für Kassen
- Gruppenpraxen bei Ärzten
- Verkehrssicherheitspaket
- Rekord-Investitionen in die Infrastruktur
- Forschungsförderung Neu
- E-government-„Europameister“
- Verwaltungsreformprojekte
- Bundesamt für Asyl und Migration
- Sicherheitsstrategie neu, Bundesheerreform
- Offensivmittel für thermische Sanierung
- Ökostromgesetz
- Ortstafel-Lösung in Kärnten
- Anti-Atom-Initiative
- Euro-Schutzschirm neu
- Gemeinsame Position zu Finanztransaktionssteuer
- Internationale Hilfseinsätze des Bundesheeres
- Mitglied im UNO-Sicherheitsrat

Arbeit und Soziales

Die beste Arbeitsmarktpolitik Europas - Mindestsicherung als Sprungbrett auf den Arbeitsmarkt

Die europaweit niedrigste Arbeitslosigkeit und der weitere Ausbau von Sozialleistungen, auch in finanziell schwierigen Zeiten - das ist Politik mit sozialdemokratischer Handschrift. Die letzten drei Jahre haben gezeigt, was in Sachen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, sogar in Zeiten einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, alles möglich ist, wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler an der Spitze eines Landes steht und auch das Amt des Sozial- und Arbeitsministers von einem Sozialdemokraten bekleidet wird.

Arbeit

Europameister im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

In der Krise wurde rasch mit Arbeitsmarktpaketen gegengesteuert und die Zahlen geben dem sozialdemokratischen Weg der aktiven Arbeitsmarktpolitik recht: Österreich hat die europaweit niedrigste Arbeitslosenquote. Mit mehr als 3,5 Mio. unselbständig Beschäftigten wurde im Sommer 2011 ein neuer Beschäftigtenrekord erreicht - noch nie zuvor hatten in Österreich so viele Personen einen Arbeitsplatz.

Jugend: Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: Jeder Jugendliche soll zumindest eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung machen. Die überbetriebliche Lehrausbildung steht allen Jugendlichen zur Verfügung, die keine Lehrstelle im Betrieb finden (im Ausbildungsjahr 2010/11 wurden hier rund 12.700 Jugendliche in einem Lehrberuf ausgebildet).

Betriebliche Lehrstellenförderung - Unterstützung auf dem Weg zum Lehrabschluss

Im Jahr 2011 wurde eine Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes hinsichtlich der Möglichkeit der Förderung von Unterstützungsstrukturen (bisher lediglich Beihilfen an Lehrberechtigte) durchgeführt. Diese Erweiterung der betrieblichen Lehrstellenförderung zielt auf eine Senkung der Drop-out-Quote bei Lehrlingen (z.B. durch „Lehrlingscoaching“), den Aufbau qualitätsbezogener Unterstützungsangebote sowie die Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung insbesondere in Bereichen mit wenigen Ausbildungsbetrieben und Lehrlingen ab.

Bildungskarenz

Qualifizierung schützt vor Arbeitslosigkeit und hilft beim beruflichen Aufstieg. Daher sollen die im Zuge der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 befristet eingeführten Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zur Bildungskarenz dauerhaft gelten, d.h. die Mindestdauer der Bildungskarenz soll auch weiterhin zwei Monate betragen.

Mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer

Die Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz bringt wichtige Verbesserungen für Arbeitnehmer. So wurde die Frist zur Anfechtung von Kündigungen vor Gericht von einer auf zwei Wochen verlängert. Weiters gibt es spürbare Verbesserungen für Betriebsräte, speziell für den Jugendvertrauensrat.

Mikrokredite - Hilfe auf dem Weg in die Selbständigkeit

Das Mikrokreditprogramm (Kleinkredite zur Unterstützung der Aufnahme von selbständiger Erwerbstätigkeit) ist seit Juni 2011 flächendeckend in ganz Österreich verfügbar.

Rot-Weiß-Rot-Karte - Österreich braucht geregelte Zuwanderung

Die RWR-Karte bringt ein kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem für qualifizierte Arbeitskräfte. Dadurch werden Lücken am heimischen Arbeitsmarkt in Bereichen gefüllt, wo Hochqualifizierte, Schlüsselkräfte und Arbeitskräfte in Mangelberufen fehlen. Vorrang hat der in Österreich lebende Arbeitnehmer. Die RWR-Karte beinhaltet das Recht auf Aufenthalt und das Recht auf Arbeitsmarktzugang und wird nach einem Punktesystem

erteilt. Kriterien für die Erreichung einer bestimmten Punkteanzahl sind u.a. berufliche Qualifikation, Ausbildung, Sprachkenntnisse und Alter. Diese Maßnahme ist am 1. Juli 2011 in Kraft getreten.

AMS-Budget - Rekordinvestitionen in die aktive Arbeitsmarktpolitik

Für 2011 betrug das AMS-Budget 993 Mio. Euro. Damit steht in diesem Jahr trotz Einsparungen das drittgrößte jemals beschlossene Budget für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz - Österreichs Lohnniveau ist geschützt

Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping stellen sicher, dass alle in Österreich beschäftigten Arbeitnehmer jedenfalls den kollektivvertraglich festgesetzten Grundlohn erhalten. Die Unterentlohnung, die Vereitelung der Lohnkontrolle oder das Nichtbereithalten der Lohnunterlagen wird verwaltungsstrafrechtlich sanktioniert. Die Strafen betragen 1.000 bis 50.000 Euro. Bei wiederholter Bestrafung oder bei gravierenden Verstößen wegen Unterentlohnung hat die Bezirksverwaltungsbehörde dem ausländischen Arbeitgeber die Dienstleistung in Österreich zu untersagen. Die Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sind mit 1. Mai 2011 in Kraft getreten.

Soziales

Mindestsicherung - Absicherung in schwierigen Zeiten und Sprungbrett auf den Arbeitsmarkt

Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) wurde ein sozialpolitischer Meilenstein umgesetzt. Die BMS hilft doppelt: Sie ist eine finanzielle Absicherung in schwierigen Zeiten und unterstützt Langzeitarbeitslose auf ihrem Weg zurück ins Erwerbsleben. Insgesamt 14.700 BMS-Bezieher konnten seit September 2010 wieder in Beschäftigung vermittelt werden. Seit Einführung der BMS haben mehr als 30.000 Leistungsbezieher ein Angebot für eine Förderung durch das AMS angenommen. Zwei Drittel aller Notstandshilfebezieher haben seit der Einführung der BMS durch die Anhebung der Notstandshilfe profitiert, im ersten Jahr wurde die Leistungssumme für die Notstandshilfe um knapp 70 Mio. Euro erhöht. 56 Prozent dieser Summe sind an Frauen ausbezahlt worden. Die Mindestsicherung stellt einen großen sozialpolitischen Fortschritt dar, durch den die betroffenen Menschen eine deutlich bessere Chance erhalten, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Außerdem sind sie erstmals auch in die gesetzliche Krankenversicherung eingebunden.

Kampf dem Sozialbetrug

Die Maßnahmen gegen Sozialbetrug in der Bauwirtschaft wurden verstärkt sowie organisations- und verfahrensrechtliche Änderungen vorgenommen. Es wird eine webbasierte Datenbank aller Baustellen erstellt, die dann auch anderen Behörden (Finanzpolizei, Krankenversicherungsträgern) zugänglich ist.

Sozialrechts-Änderungsgesetz 2011

Unter anderem geht es um die vorgezogene Gewährung von sogenanntem „Übergangsgeld“ bei Inanspruchnahme von Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation durch gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitnehmer im Rahmen des Projekts „Rehabilitation vor Pension“, die sozialversicherungsrechtliche Absicherung auch von Vertragsbediensteten der Länder während des „Papamonats“ und die rückwirkende Auszahlung höherer Pensionen aufgrund geänderter EU-rechtlicher Rahmenbedingungen.

Pensionen, Pflege, Menschen mit Behinderung

Pflegefonds sichert Finanzierung der Pflege - Österreichs Pensionssystem ist sicher

Seit dem Antritt der Regierung Faymann am 2. Dezember 2008 wurden umfangreiche Verbesserungen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen umgesetzt und die Finanzierung unseres hervorragenden Pflegesystems mit dem Pflegefonds abgesichert. Bei den Pensionen hat die SPÖ-geführte Regierung in Zeiten, in denen andere Länder den Sparstift genau in diesem Bereich angesetzt haben, den Seniorinnen und Senioren die Teuerung voll abgegolten.

Pensionen

Menschen länger gesund im Erwerbsleben halten

Das Ziel der SPÖ-geführten Regierung ist es, dass Menschen länger gesund im Erwerbsleben bleiben. Um das zu erreichen, wurden mit den Budgetbegleitgesetzen wichtige Maßnahmen gesetzt. Mit den Maßnahmen „fit2work“ (seit 1. September schrittweiser Start), Reha vor Pension (seit Jahresbeginn in Umsetzung), der Gesundheitsstraße und der Verschärfung des Berufsschutzes wurden wichtige gesetzliche Weichen gestellt, um einen Anstieg des tatsächlichen Pensionsantrittsalters zu erreichen. All diese Präventionsmaßnahmen werden nun umgesetzt. Das Invaliditätspensionsverfahren wird in den Pensionsversicherungsträgern auf die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst - ein I-Pensionsantrag ist zwingend immer mit einem Rehabilitationsantrag verbunden. „Fit2work“ ist bereits in den Bundesländern Wien, Steiermark und Niederösterreich gestartet. Im Jahr 2012 startet das Projekt in Salzburg, Oberösterreich und Kärnten.

Pensionspaket 2008 - Pensionserhöhung für 2009 vorgezogen

Mit der Oktoberpension 2008, die zu Monatsende ausbezahlt wurde, erhielten Pensionsbezieher eine gestaffelte Einmalzahlung als Inflationsausgleich. Ab der Novemberpension 2008 wurde die vorgezogene Erhöhung der Ruhebezüge um 3,4 Prozent (nicht wie gesetzlich vorgesehen um nur 3,2 Prozent) wirksam.

Pensionsanpassung für 2010 - Einmalzahlung für kleine und mittlere Pensionen

Für das Jahr 2010 erhielten die österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten eine Pensionsanpassung in Höhe von 1,5 Prozent. Wer im Dezember 2009 ein Gesamtpensionseinkommen unter 1.300 Euro bezog, erhielt außerdem eine Einmalzahlung.

Pensionsanpassung 2011 - Beziehern geringer Pensionen wird Inflation abgegolten

Die Pensionserhöhung für 2011 garantierte durch die Inflationsabgeltung von 1,2 Prozent für Bruttobezüge bis 2.000 Euro, dass die Kaufkraft der kleinen und mittleren Pensionen erhalten bleibt. Das betraf 91 Prozent aller ASVG-Pensionisten. Für Pensionen von 2.000 bis 2.310 Euro brutto gab es eine Einschleifregelung. Wer mehr hat, trägt mehr bei.

Pensionsanpassung 2012 - 99 Prozent der Pensionisten erhalten volle Teuerungsabgeltung

Ab dem 1. Jänner 2012 erhalten 99 Prozent der Pensionisten die Teuerung mit 2,7 Prozent voll abgegolten - die volle Erhöhung gilt für Pensionen bis zu 3.300 Euro brutto. Bei höheren Pensionen fällt die Erhöhung schwächer aus, ab 5.940 Euro sind es 1,5 Prozent mehr. Außerdem kann der Alleinverdienerabsetzbetrag bis zu einer Pensionshöhe von 1.750 Euro wieder geltend gemacht werden. Damit konnte eine ganz wichtige sozialpolitische Lücke geschlossen werden. Denn hier geht es auch um den Respekt und die Würdigung der Leistungen der älteren Generation.

Pflege

Pflegefonds - Finanzierung der Pflege bis 2014 gesichert

Der Pflegefonds wurde eingerichtet, um für die nächsten 3 Jahre frisches Geld für Länder und Gemeinden für

den Ausbau von Pflegedienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Der Pflegefonds wird zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden gespeist und enthält 2011 100 Mio. Euro, im Jahr 2012 steigt der Betrag auf 150 Mio., im Jahr 2013 auf 200 Mio. und im Jahr 2014 auf 235 Mio. Euro. Insgesamt sind also Mittel in der Höhe von 685 Mio. Euro vorgesehen.

Pflegegeldreformgesetz - Reduktion der vollziehenden Stellen

Radikale Reduktion der Verwaltung durch Übernahme des Landespflegegeldes in Bundeskompetenz. Einheitlicher Vollzug, rasche Verfahren, weniger Verwaltungsaufwand. Mit der Pflegegeldreform wurde eine echte Verwaltungsreform umgesetzt, die Zahl der vollziehenden Stellen wurde von 303 auf acht Stellen reduziert.

Mitversicherung pflegender Angehöriger ausgeweitet

Personen, die nahe Angehörige pflegen, die Pflegegeld zumindest in Stufe 3 beziehen, können seit August 2009 beitragsfrei mitversichert werden.

Begutachtung durch Pflegefachkräfte

Von Oktober 2010 bis Februar 2011 wurde in Kooperation mit der PVA und dem ÖGKV ein Pilotprojekt durchgeführt. Da das Pilotprojekt gezeigt hat, dass die Pflegefachkräfte besonders bei der Einstufung in den höheren Pflegegeldstufen hohe Kompetenz aufweisen, sollen ab 1. Jänner 2012 bei Anträgen auf Erhöhung des Pflegegeldes ab der Pflegestufe 4 bei mehr als 180 Stunden bereits festgestelltem monatlichen Pflegebedarf diplomierte Pflegefachkräfte mit der Begutachtung befasst werden. Überdies wird im Rahmen der Begutachtung auch eine Beratung der pflegebedürftigen Menschen durchgeführt werden. Die Begutachtung für die Grundeinstufung betreffend die Zuerkennung des Pflegegeldes soll wie bisher durch Ärzte erfolgen.

Arbeitsgruppe Strukturreform Pflege - die Zukunft des österreichischen Pflegesystems

Bis Ende 2012 wird feststehen, wie es mit der Pflege ab 2014 sowohl qualitativ, als auch finanziell weitergeht.

Menschen mit Behinderung

Nationaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung

Der Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderung wird zur Zeit ausgearbeitet und die Leitlinien der österreichischen Behindertenpolitik für die nächsten zehn Jahre (2011 bis 2020) enthalten. Die Schwerpunkte des NAP werden u.a. der Ausbau der Barrierefreiheit, die Sicherung der Pflegeleistungen und die Beschäftigungsförderung für Menschen mit Behinderungen sein.

Finanzen & Wirtschaft

Sparsamkeit, Investitionen & gerechte Einnahmen

Die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat Österreich sicher durch die Krise geführt. Kaufkraft und Arbeitsmarkt wurden vor den Folgen der weltweiten Krise geschützt, das soziale Netz erhalten. Jetzt gilt es, das Budget zu konsolidieren, damit die Zinsbelastung durch Schulden nicht den Spielraum des Staates einschränkt und Österreich seine hervorragende Bonität sichert: Durch kluges Sparen, Reformen in der Verwaltung und gerechte, vermögensbezogene Einnahmen.

Bonität „AAA“ und Europameister am Arbeitsmarkt

Durch die richtigen Maßnahmen in der Krise hat Österreich seine hervorragende Bonität „Triple A“ gesichert. Nur mehr 18 Länder weltweit haben diese hohe Kreditwürdigkeit, in der Euro-Zone nur sechs Länder. Gleichzeitig hat Österreich die niedrigste Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Und während in anderen EU-Ländern Sozialleistungen radikal gekürzt wurden, wurde das soziale Netz bei uns sogar gestärkt (z.B. Mindestsicherung, Pflegefonds).

Schuldenbremse

Nach dem Vorbild Deutschlands soll auch in Österreich eine verbindliche Bestimmung für ausgeglichene Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden eingeführt werden. Konkret soll das strukturelle Defizit des Bundes, also die jährliche Neuverschuldung, durch die neuen Verfassungsbestimmungen ab dem Jahr 2017 auf maximal 0,35% des BIP begrenzt werden. Ziel ist, dass Österreich seine hervorragende Bonität behält, die Unabhängigkeit von den Finanzmärkten sichert und hohe Zinszahlungen vermeidet. Durch einen Mix aus Sparsamkeit und gerechten vermögensbezogenen Einnahmen sollen die Defizitziele erreicht werden. Erste Maßnahmen werden bis Frühjahr 2012 ausgearbeitet.

Steuerreform 2009

Zur Stärkung der Kaufkraft in der Krise wurde 2009 eine Steuerreform beschlossen. 88 Prozent des Gesamtentlastungsvolumens von insgesamt 3,2 Mrd. Euro flossen den Einkommensschichten unter 4.000 Euro zu. Mit 1,8 Mrd. Euro wurde direkt der Konsum gestärkt. 500 Mio. Euro wurden investiert, um Familien zu entlasten; 2,3 Mrd. Euro für die Lohn- und Einkommensteuertarifentlastung aufgewendet.

4-Jahres-Budgetpfad

Das österreichische Bundesfinanzrahmengesetz gilt international als Vorbild. Statt kurzfristiger Maßnahmen erfolgt eine Planung für den Zeitraum von vier Jahren.

Konjunkturpaket I + II

Mit den Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen 2008/2009 wurden die Folgen der Krise abgefangen. Eine Milliarde Euro wurde investiert, fast 100.000 Arbeitsplätze wurden gerettet oder neu geschaffen. Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen in der Höhe von 355 Mio. Euro für das Jahr 2009 und 520 Mio. Euro 2010 förderten Wertschöpfung und Jobs. 760 Mio. Euro wurden insgesamt für thermische Sanierungsmaßnahmen aufgewendet. Österreich ist so weitaus besser durch die Krise gekommen, als die meisten anderen Staaten.

Budget 2011 + 2012

Bei der Regierungsklausur im Herbst 2010 wurden wesentliche Schritte zur Budgetkonsolidierung gesetzt, die auf die Budgets 2011 und 2012 wirken. Wichtig: Die SPÖ hat dabei erreicht, dass zwei Drittel der neuen Einnahmen aus sozial gerechten, vermögensbezogenen Steuern kommen.

Vermögensbezogene Steuern

Jährlich 500 Mio. Euro bringt allein die Bankenabgabe, die die SPÖ durchgesetzt hat. Zusammen mit der Ver-

mögenszuwachssteuer, Reformen bei Stiftungs- und Konzernbesteuerung und dem Kampf gegen Steuerbetrug bringen die vermögensbezogenen Steuern allein für 2012 eine Milliarde Euro an zusätzlichen Einnahmen.

Offensivmaßnahmen für Bildung, Forschung, Gesundheit und Umwelt

Gleichzeitig hat die Regierung gezielt in Zukunftsbereiche investiert. Insgesamt 400 Mio. Euro gibt es jährlich v.a. für den Ausbau von Ganztagsbetreuung, für Universitäten und Forschung und thermische Sanierung. Diese Offensivmaßnahmen werden auch 2012 fortgesetzt.

Für eine schlanke Verwaltung

Teil der Budgetkonsolidierung sind auch Einsparungen in der Bürokratie. Mit den Bundesländern hat sich die Regierung auf eine Verwaltungsreform geeinigt, die u.a. durch Reformen bei der Asylgerichtsbarkeit, bei den Verwaltungsgerichten, durch Bereinigen von Doppelgleisigkeiten Bund-Länder und durch eine Transparenzdatenbank für Förderungen die Kosten des Staates senken soll.

Investmentfondsgesetz

Verbesserung für Konsumenten: Zur besseren Vergleichbarkeit von Anlegerinformationen wird ein EU-rechtlich einheitliches harmonisiertes Kundeninformationsdokument eingeführt.

Wertpapieraufsichtsgesetz

Mehr Schutz für Anleger: Die bisher als freies Gewerbe anzusehenden Tätigkeiten einer FinanzdienstleistungsassistentIn werden dem neuen reglementierten Gewerbe „Wertpapiervermittler“ zugeordnet. WertpapiervermittlerInnen dürfen für höchstens drei konzessionierte Wertpapierfirmen bzw. Wertpapierdienstleistungsunternehmen tätig werden.

Steuererleichterung für Monteure

Damit wurde eine dauerhafte Lösung für die steuerliche Behandlung von Einkommen aus Montagetätigkeiten geschaffen. Betroffen davon sind etwa 15.000 bis 20.000 österreichische Arbeitnehmer. 60 Prozent des laufenden Einkommens aus Montagetätigkeiten - also Beschäftigungen im Ausland, die länger als ein Monat dauern, weiter als 400 km von Österreich entfernt sind und unter erschwerten Bedingungen stattfinden - sind, bis zur monatlichen Höchstbeitragsgrundlagen von aktuell 4.200 Euro, lohnsteuerfrei.

Forschungsförderung für KMU

Um die Forschungskompetenz von Klein- und Mittelbetrieben zu stärken, wurden die Förderquoten erhöht. Die mit 25 Mio. Euro dotierte Initiative „Quick-Start“ hat in der Krise erfolgreich einem drohenden Rückgang der betrieblichen Forschungsinvestitionen gegengesteuert. Bereits rund 250 Projekte von KMU bekamen so zusätzlichen Rückenwind.

In der Ergänzung zum etablierten Innovationsscheck (2009 wurden rund 800 derartige Schecks in Höhe von je 5.000 Euro vergeben) gibt es seit Herbst 2010 mit „Be-Prepared“ außerdem ein neues Unterstützungsformat, um KMU bei ihrem Weg von der Idee zur Innovation zu unterstützen. Ab 2011 gab es zusätzliche 5 Mio. Euro für KMU. Ziel ist es, jährlich 400 bis 500 Klein- und Mittelbetriebe für die eigenständige Forschung zu gewinnen, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

Gaswirtschaftsgesetz

Die GWG-Novelle stärkt die Rechte von Haushalten und Gewerbebetrieben bei der Gasversorgung. Künftig gilt beim Lieferantenwechsel eine Drei-Wochen-Frist, bisher dauerte der Wechsel bis zu acht Wochen. Dazu kommen neue Höchstpreisregelungen. Bisher wurden je nach Anbieter teilweise über 100 Euro für Ab- und Anschaltungen verrechnet, in Zukunft soll dieser Betrag mit 30 Euro begrenzt sein.

Spritpreisdatenbank

Mit der eingerichteten Datenbank, die von allen Tankstellen verpflichtend gespeist wird, können sich alle Autofahrer über die aktuelle Preissituation informieren und damit Preisvorteile für sich in Anspruch nehmen.

SCHULE & UNIVERSITÄTEN

Beste Bildung für alle

Mit zahlreichen Reformen hat Bildungsministerin Claudia Schmied für frischen Wind in der Schule gesorgt. Ihre Reformen kommen punktgenau im Klassenzimmer an und sorgen für beste Bildung und Chancen unserer Kinder. Insgesamt 41 Regierungsvorlagen im Bildungsbereich sprechen eine deutliche Sprache: Die Zeit des Stillstands ist vorbei, die neue, moderne Schule ist da. Die Universitäten bekommen mehr Geld, die unsozialen Studiengebühren wurden abgeschafft.

Schule

Offensivpaket: 80 Millionen Euro mehr pro Jahr bis 2015

Bis zum Jahr 2015 gibt es für das Bildungsbudget jährlich zusätzlich 80 Mio. Euro an Offensivmitteln. Damit wird das ganztägige Schulangebot im Pflichtschulbereich massiv ausgebaut: Von zuletzt 105.000 auf 210.000 Plätze (inkl. Hortplätze).

Neue Mittelschule kommt flächendeckend

Die Neue Mittelschule (NMS) ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Schule und sorgt für beste individuelle Förderung unserer Kinder. Die Einführung der Neuen Mittelschule als Regelschule ist ein wichtiger SPÖ-Erfolg: Bis 2015/16 werden alle Hauptschulen - und interessierte AHS-Unterstufen - zu Neuen Mittelschulen aufgewertet. Wenn alle 1.176 Hauptschulstandorte vollständig in Neue Mittelschulen umgewandelt sind, werden rund 238.000 Schülerinnen und Schüler diese neue Schulform besuchen. Das sind fast 70 Prozent der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Derzeit gibt es österreichweit bereits 434 Neue Mittelschulen.

Mehr ganztägige Schulangebote

Die ganztägigen Schulformen werden deutlich ausgebaut: Bis zum Schuljahr 2014/15 wird es inkl. Hortplätzen 210.000 hochwertige schulische Tagesbetreuungsplätze geben. Die Vorteile: Beste Bildung für unsere Kinder, weniger Nachhilfe, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird erhöht. Besonders wichtig: Bereits ab 12 Kindern können Betreuungsplätze gebildet werden. Die Kinder können aus verschiedenen Klassen, Schulen, Schularten und sogar aus verschiedenen Gemeinden kommen. Für beste Freizeitbetreuung sorgen „akademische FreizeitpädagogInnen“.

Tagesbetreuung NEU: Beste Förderung

An den mit dem „Gütesiegel für schulische Tagesbetreuung“ ausgezeichneten Schulen gibt es ein umfangreiches ganztägiges Schulangebot mit einer guten Abwechslung von Förderung und Freizeitangeboten. Bereits 196 Schulen bieten die Tagesbetreuung NEU an, die mit ihren pädagogischen Angeboten den Bedarf an teurer Nachhilfe deutlich einschränkt.

Kleinere Klassen: Mehr Aufmerksamkeit für unsere Kinder

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf maximal 25 ist in allen Klassen der Volksschulen, Hauptschulen, Neuen Mittelschulen, polytechnischen Schulen, Sonderschulen und AHS-Unterstufen erfolgreich umgesetzt. Mehr als 750.000 Schülerinnen und Schüler profitieren. Allein dadurch wurden rund 7.000 Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen.

Mehr Kleingruppenunterricht

Der Kleingruppenunterricht für ein besseres Eingehen auf die Neigungen und Fähigkeiten der Jugendlichen wurde in allen Schularten ausgebaut. Kleine Lerngruppen sind nun in Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, typenbildenden Fächern, spezifischen Fächern der berufsbildenden Schulen, Bewegung und Sport, Werken und Bildnerische Erziehung möglich und können schulautonom auch in weiteren Fächern gebildet werden.

Mehr Sprachförderung

Die Deutschförderkurse für außerordentliche Schülerinnen und Schüler wurden verlängert und auch auf die AHS-Unterstufe ausgeweitet. Der muttersprachliche Unterricht wird weiter gefördert. Auch die Sprachförderung im Kindergarten wird fortgeführt.

Reform der Oberstufe: Mehr Leistung und mehr Förderung

Die Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen und der Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen wird durch die Einführung eines Kurssystems (Einteilung des Lernstoffs in Module) reformiert. Bis 2016 sollen alle Standorte auf das Kurssystem umgestellt sein. Die Vorteile: Das Leistungsprinzip wird klar gestärkt, die Leistungserbringung erfolgt schrittweise und kontinuierlich. Schülerinnen und Schüler mit Problemen werden individuell durch Förderunterricht und Lern-Begleiter gefördert. Weitere Vorteile: Individuelle, kurze und effiziente Bildungswege, Fördern von Selbständigkeit und Eigenverantwortung, verbesserte Vorbereitung auf ein universitäres Studium sowie starkes Senken der Repetenzahl und höhere Abschlussquoten.

Bildungsstandards: Mehr Qualität

Die Bildungsstandards (Qualitäts-Check für den Unterricht) sind ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung an den Schulen und wurden bereits gesetzlich fixiert. Die erste Standardüberprüfung findet bereits im Schuljahr 2011/12 statt. Gestartet wird in der 8. Schulstufe im Fach Mathematik. Die Bildungsstandards stellen sicher, dass jedes Kind optimal und individuell gefördert wird.

Qualitätspaket für die Schule: Gestärkte Schulstandorte und Qualitätsmanagement

Das bereits vom Parlament beschlossene Qualitätspaket für die Schulen umfasst:

- **Mitverwendung von Landeslehrern im Bundesdienst:** Landeslehrerinnen und -lehrer können künftig auch in Bundesschulen eingesetzt werden. Das ist vor allem im Hinblick auf die Neue Mittelschule wichtig.
- **Neue Schulaufsicht:** Durch die Neukonzipierung der Schulaufsicht in Richtung Qualitätsmanagement wird die Qualität im Schulwesen gesteigert. Die Schulinspektorinnen und -inspektoren werden zu Qualitätsmanagerinnen und -managern.
- **Stärkung der Schulleiterprofile:** Die Stellung der einzelnen Schule wird gestärkt. Die Direktorinnen und Direktoren werden künftig Qualitäts-, Personal- und Bildungsmanager.

Stärkung der Schulpartnerschaft

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrenden hat sich bewährt und wird weiter gestärkt und ausgebaut.

Neue Matura: Höchste Qualität, mehr Vergleichbarkeit

Die neue Matura wird für höchste Qualität an Österreichs Schulen und mehr Vergleichbarkeit sorgen. Die standardisierte und kompetenzorientierte Reifeprüfung an Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) und Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) erhielten bereits eine gesetzliche Grundlage. An den AHS gibt es die neue Matura erstmals ab dem Schuljahr 2013/14, die BHS folgen 2014/15.

Neue gemeinsame Lehrerausbildung

Ziel ist eine moderne, qualitativ hochwertige gemeinsame Ausbildung für alle im Lehrberuf Tätigen auf höchstem Niveau. Die neue Lehrerausbildung soll noch in dieser Legislaturperiode starten.

Neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrende

Das neue Dienst- und Besoldungsrecht für neueintretende Lehrerinnen und Lehrer wird in einem intensiven Arbeitsprozess verhandelt. Ziel ist es, den Lehrer-Beruf noch attraktiver zu machen und das Dienstrecht so zu gestalten, dass es den modernen Arbeitsanforderungen entspricht. Wichtige Eckpunkte: Höhere Einstiegsgehälter, mehr Zeit mit den Schülerinnen und Schülern, Bezahlung nach Funktion sowie attraktive Auf- und Umstiegsmöglichkeiten.

Neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrende an den Pädagogischen Hochschulen

Die Lehrerinnen und Lehrer an den Pädagogischen Hochschulen bekommen mit September 2012 ein neues Dienstrecht. Es ist kostenneutral, trägt dem Hochschulcharakter der Pädagogischen Hochschulen Rechnung und bringt neben einer Leistungsentlohnung auch eine massive Ausweitung des Aus- und Weiterbildungsangebots für alle Lehrenden (Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer auch im Sommer).

Reformpaket zur Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen

Mit diesem Reformpaket werden die Pädagogischen Hochschulen aufgewertet und auf Augenhöhe mit den Universitäten gebracht. Das Paket umfasst:

- Maßnahmen zur Stärkung der Forschungskompetenz und Personalentwicklung
- Neue Studienangebote zur Weiterentwicklung der PH
- Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung

Schulbau: 1,6 Milliarden Euro bis 2018

Allein in den Jahren 2009 und 2010 investierte die SPÖ-geführte Regierung 600 Millionen Euro in den Neubau und die Sanierung von Bundesschulen. Bis 2018 stehen für Bundesschulbauprojekte insgesamt 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Vorteile: Bessere Klassenzimmer, moderne Tagesbetreuungsplätze, bessere Lehrerarbeitsplätze und mehr Sporteinrichtungen.

Verbesserung der Integration nach der 8. Schulstufe

In den Polytechnischen Schulen und in einjährigen Haushaltungsschulen wird die Integration ins Regelschulwesen übernommen. Dadurch wird die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen deutlich verbessert. Bildungs- und Berufschancen werden so gesteigert.

Lehre und Matura

Diese Maßnahme gibt Jugendlichen die Möglichkeit, parallel zur Lehre kostenlos die Matura zu absolvieren. Rund 7.500 Jugendliche nehmen an diesem Erfolgsprojekt teil. Das Projekt „Lehre und Matura“ erhöht durch die Kombination von Lehre und Matura die Chancen der Jugendlichen am Arbeitsmarkt und macht das weltweit anerkannte duale Ausbildungssystem Österreichs noch attraktiver für junge Menschen.

Modularisierung der Abendschule: Bessere Vereinbarkeit von Weiterbildung und Beruf

Ab diesem Schuljahr sind alle Schulen für Berufstätige auf das Modulsystem umgestellt. Dadurch wird das Nachholen von Bildungsabschlüssen genauso erleichtert wie die individuelle Studienplanung. Außerdem wird auch die Vereinbarkeit von Weiterbildung, Familie und Beruf verbessert.

Neue Berufsreifeprüfung: Mehr Qualität und Chancengerechtigkeit

Nach der neuen Matura an AHS und BHS wird auch die Berufsreifeprüfung modernisiert. Die standardisierte, kompetenzorientierte Berufsreifeprüfung (schriftliche Teilprüfungen erfolgen österreichweit an einem Tag) sorgt für mehr Vergleichbarkeit und Transparenz und bringt mehr Qualität und faire Bildungschancen.

Kostenloses Nachholen von Bildungsabschlüssen: Chancengerechtigkeit fördern

Durch die Möglichkeit des kostenlosen Nachholens von Pflichtschulabschlüssen und die Förderung von Lehrgängen für Erwachsene im Bereich der Basisbildung werden ab 2012 die Chancengerechtigkeit und der Zugang zu lebensbegleitendem Lernen gefördert. Dadurch werden auch die Chancen am Arbeitsmarkt stark verbessert. Eine Länder-Bund-Arbeitsgruppe entwickelt ko-finanzierte Fördermodelle für die Erwachsenenbildung.

Strategie für Lebensbegleitendes Lernen: Für höhere Qualifizierung

Mit der Österreichischen Strategie zum Lebensbegleitenden Lernen (LLL) gelingt es, die Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem weiter zu verbessern, damit mehr Menschen zu höherer Qualifizierung kommen. Kennzeichen der österreichischen LLL-Strategie ist der ganzheitliche Ansatz, der alle Lernbereiche umfasst.

Bessere Bildungs- und Berufsberatung

Jedes Kind soll bestmöglich über die vielfältigen Möglichkeiten in unserem Bildungssystem informiert werden. Deshalb wird die Beratung der Schülerinnen und Schüler ab der 7. und 8. Schulstufe in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie den Sozialpartnern weiter verbessert und ausgebaut. Initiativen wie Besuche in Betriebsinformationszentren wurden intensiviert.

Kindergarten als Bildungsgarten

Die frühe sprachliche Förderung der Fünfjährigen wurde durch das verpflichtende Kindergartenjahr - eine langjährige Forderung der SPÖ - erfolgreich umgesetzt und ist eine unverzichtbare Fördermaßnahme als Basis für alle weiteren Bildungswege. Das verpflichtende, kostenlose Kindergartenjahr ist ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit und Förderung unserer Kinder.

Bundes-Bildungsplan für Kindergärten

Der Bildungsplan für Kindergärten ist nach dem verpflichtenden Kindergartenjahr ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung „Kindergarten als Bildungsgarten“. Der Bildungsplan kommt in allen Kindergärten zum Einsatz und sorgt für eine bestmögliche Förderung unserer Kinder durch Kindergartenpädagogen. Der Bildungsplan ist eine praxisnahe Anleitung für eine kindgemäße Bildungsarbeit.

Mehr Politische Bildung

Auch vor dem Hintergrund der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre wurde die politische Bildung an den Schulen bereits mit Schulbeginn 2008/09 forciert. In der 8. Schulstufe ist nunmehr der Pflichtgegenstand „Geschichte und Politische Bildung“ gesetzlich verankert. Außerdem wurden Schwerpunkte in der Lehreraus- und -fortbildung fixiert, für den Unterricht steht ein umfangreiches Paket an Informations- und Beteiligungsangeboten zur Verfügung.

Mehr Schulpsychologen und Schulsozialarbeit

Die Zahl der Schulpsychologinnen und -psychologen wurde um 20 Prozent aufgestockt. Österreichweit stehen den Schülerinnen und Schülern, den Lehrenden und Eltern seit Schulbeginn um 48 schulpsychologische Expertinnen und Experten mehr zur Verfügung.

Mehr Schülerbeihilfe

Die Schülerbeihilfe wurde deutlich ausgeweitet. Durch diese Maßnahme wird der Zugang zu Bildung für sozial schwache Schülerinnen und Schüler effektiv gewährleistet.

Programme gegen Gewalt: Für partnerschaftliches Miteinander

Mit der Initiative „Weiße Feder - Gemeinsam für Fairness und gegen Gewalt“ werden gezielte Maßnahmen zur Gewaltprävention an Schulen gesetzt. Schwerpunkte sind der Ausbau von qualitätsgeprüften Gewaltpräventionsprogrammen wie „Faustlos“ und „WISK“ (Wiener Soziales Kompetenztraining), Verhaltensvereinbarungen, spezifische Veranstaltungen im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung, Schulpsychologie und Schulsozialarbeit, Vernetzungsarbeit, der Ausbau der Peer-Mediation sowie die österreichweit erfolgreiche Theaterinitiative „Macht/Schule/Theater“. All diese Maßnahmen sorgen für eine Stärkung von Respekt und Wertschätzung sowie Dialog und Kooperation.

Kompetenzorientierte Schulbücher

Mit der Einführung der Bildungsstandards und der bereits in Erprobung befindlichen standardisierten und kompetenzorientierten Matura sind auch an die Unterrichtsmittel, vor allem an Schulbücher, neue Anforderungen gestellt. Schulbücher werden schon jetzt kompetenzorientiert entwickelt und gehen auf die Anforderungen der neuen Matura ein.

Universitäten

Offensivpaket: 80 Millionen Euro für die Unis

Die Universitäten bekommen in den Jahren 2011 bis 2015 jährlich 80 Millionen Euro mehr, um die Studienbedingungen und die Studienqualität zu verbessern.

Studiengebühren abgeschafft

Die SPÖ hat die von Schwarz-Blau eingeführten unsozialen Studiengebühren abgeschafft und so für freien Bildungszugang und Chancengleichheit gesorgt.

UG-Novelle mit sozialdemokratischer Handschrift

Bei der Universitätsgesetz-Novelle hat die SPÖ für zahlreiche Verbesserungen (z.B. Ausbau der Studierendenberatung) gesorgt.

Bessere Studienwahlberatung

Das Maßnahmenpaket „Studienwahlberatung NEU“ sorgt für eine maßgebliche Verbesserung der Studienwahlberatung. Das Programm „Studienchecker“ wird mit der „ÖH-MaturantInnenberatung“ und dem ÖH-Projekt „Studieren probieren“ verknüpft. Außerdem werden die Beratungsprogramme ausgeweitet.

SPÖ-Offensivkonzept für die Universitäten

Die SPÖ hat ein umfassendes Hochschulkonzept erarbeitet. Für die SPÖ steht fest: Unsere Universitäten brauchen eine Offensivstrategie. Wesentliche Eckpfeiler sind daher u.a.: mehr finanzielle Mittel für die Unis, mehr Absolventinnen und Absolventen, Erarbeitung eines Hochschulplans, Absage an soziale und finanzielle Barrieren, gezielte Beratungsangebote.

Qualitätssicherung der Hochschulen

Die neu eingerichtete „Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria“ wird für externe Qualitätssicherung im österreichischen Hochschulbereich sorgen.

Frauen

Mit Power gegen Lohnschere und für Geschlechtergerechtigkeit

Von der Einkommenstransparenz bis zum Ausbau der Betreuungseinrichtungen: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek kämpft für mehr Einkommensgerechtigkeit.

Mit Einkommenstransparenz gegen die Einkommensschere

Betriebe müssen sich ab kommendem Jahr verpflichtend mit den Einkommensunterschieden zwischen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigen. Frauen bekommen dadurch ein starkes Beweismittel in die Hand, um gegen ungerechte Bezahlung vorgehen zu können. Ab 2011 müssen Unternehmen mit mehr als 1.000 ArbeitnehmerInnen angeben, wie viele Frauen und Männer auf den jeweiligen Funktionsstufen beschäftigt sind und wie hoch ihre die Durchschnittseinkommen sind. Die MitarbeiterInnen-Grenze wird stufenweise gesenkt, letztlich (ab 2014) sind alle Betriebe mit mehr als 150 MitarbeiterInnen erfasst.

Online-Tool Gehaltsrechner

Der Online-Gehaltsrechner unter www.gehaltsrechner.gv.at schafft mehr Transparenz in Lohn- und Gehaltsfragen und soll insbesondere Frauen Orientierung bei Gehaltsverhandlungen und Jobentscheidungen geben, um die Einkommensunterschiede von Frauen und Männern zu verringern.

Einkommensabhängiges Kindergeld mit Kindergeld NEU

Das Kinderbetreuungsgeld Neu gibt es nun in fünf Varianten. Konkret: 30+6 Monate (436 Euro/Monat, jeweils bei Beteiligung beider Partner) 20+4 Monate (624 Euro), 15+3 Monate (800 Euro), die Kurzvariante 12+2 (1.000 Euro), und die einkommensabhängige Variante (maximal 12+2 Monate, 80 Prozent des letzten Nettoeinkommens, höchstens 2.000 Euro). Das Vorhaben, damit mehr Väter in Karenz zu bringen, geht auf. Die Väterquote liegt insgesamt bei 4,5 Prozent, beim einkommensabhängigen Kindergeld aber bei 8,3 Prozent und bei der 12+2-Monate-Variante sogar bei über 11 Prozent. Mittelfristiges Ziel ist eine Quote von 20 Prozent.

Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen

Bei der Regierungsklausur Ende Mai wurde die Fortsetzung der Anstoßfinanzierung beschlossen. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eine Erfolgsgeschichte: In den letzten drei Jahren sind über 24.000 Betreuungsplätze und an die 9.000 Jobs geschaffen worden. Das Barcelona-Ziel bei den 3-6-Jährigen (Ziel bei der Betreuungsquote: 90 Prozent, aktuell: 91,4 Prozent) ist bereits erreicht. Die Umsetzung des verpflichtenden Kindergartenjahres für alle Fünfjährigen (seit Herbst 2010) war ein weiterer wichtiger Schritt zur Entlastung der Familien und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Frauenquote für die Aufsichtsräte staatsnaher Unternehmen

Die Bundesregierung hat sich zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50 Prozent und darüber verpflichtet. Bis 2013 sollen 25 Prozent, bis 2018 35 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten der Betriebe mitwirken.

Bund geht in der Frauenförderung mit gutem Beispiel voran

Der Anteil von Frauen im Bundesdienst steigt weiter an. Auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist im Steigen. Der Bund geht in der Frauenförderung mit gutem Beispiel voran. So sollen im Bundesdienst so lange Frauen bei gleicher Qualifikation für freiwerdende Stelle nominiert werden, bis der 50-Prozent-Anteil erreicht ist.

Frauenquote von 45 Prozent im ORF-Gesetz

Bei allen Stellenausschreibungen im ORF sind bei gleicher Qualifikation Frauen so lange zu bevorzugen, bis 45 Prozent erreicht sind.

Frauenquote von 40 Prozent in allen universitären Organen und Gremien

Mit der Novelle zum UG 2002 im Jahr 2009 wurde explizit für die Zusammensetzung der Kollegialorgane an den Universitäten eine 40-Prozent-Frauenquote eingeführt.

Gewaltschutz

Mit dem zweiten Gewaltschutzpaket sind wichtige Neuerungen im Opferschutz umgesetzt worden. Ein neuer Straftatbestand bei fortgesetzter Gewaltausübung wurde eingeführt. Die einstweilige Verfügung wurde von drei auf sechs Monate verlängert und die psychosoziale Prozessbegleitung auf das Zivilverfahren ausgeweitet. Analog zu den bereits bestehenden Kinderschutzgruppen werden die Länder, in einer Novelle des Kranken- und Kuranstaltengesetzes, aufgefordert, Opferschutzgruppen auch für erwachsene Gewaltopfer in den Spitälern einzurichten.

Die Gewaltschutzzentren bzw. die Interventionsstelle Wien erhielten im Zeitraum 2008 bis 2010 eine Budgetaufstockung um ca. 13 Prozent. Dies ermöglichte auch eine Erweiterung um drei Regionalstellen (in NÖ, Salzburg und Tirol).

Gender Budgeting in der Verfassung verankert

Seit 1.1.2009 ist das Gender Budgeting in der Verfassung verankert worden. Es ist nun in der Verfassung festgeschrieben, dass den Frauen ein gerechter Anteil am Budget zusteht - ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung von Männern und Frauen.

Eingetragene-Partnerschaft-Gesetz

Seit 2010 ist es möglich, dass Homosexuelle ihre Beziehung durch eine Verpartnerung offiziell besiegeln. Jahrzehntelanger Diskriminierung wurde damit ein Ende gesetzt.

Frauen- und Mädchenberatungsstellen

Die Verträge der anerkannten Frauenservicestellen, Notrufeinrichtungen sowie der Frauenhelpline wurden 2011 erneut Rahmenförderverträge bis 2013 eingeräumt. Die Qualitätssicherung von anerkannten Frauenservicestellen wurde umgesetzt.

Frauengesundheitsbericht

Das Gesundheitsministerium hat einen umfassenden Frauengesundheitsbericht erarbeitet, der interdisziplinär erstellt wurde und alle relevanten Bereiche der Frauengesundheit umfasst. Der Frauengesundheitsbericht soll einerseits ein umfangreiches Nachschlagewerk sein und andererseits dem Themenbereich der Frauengesundheit mehr Aufmerksamkeit verschaffen.

Familie, Kinder & Jugend

Mit moderner Familienpolitik zu mehr Chancengerechtigkeit

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, ist eines der wichtigsten Anliegen der Sozialdemokratie. Die SPÖ-geführte Bundesregierung hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen vorangetrieben, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, etwa durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Qualitätsvolle Betreuung und frühkindliche Förderung stehen dabei im Mittelpunkt.

Ausbau qualitativer Kinderbetreuung und Ganztagsschulplätze

Ein familienpolitischer Schwerpunkt der Regierung war und ist der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Beginnend mit 2011 bis einschließlich 2014 werden insgesamt 55 Millionen Euro für den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Pro Jahr sollen damit etwa 5.000 Plätze zusätzlich entstehen. Der Schwerpunkt des Ausbaus liegt dabei bei der Betreuung von Unter 3-Jährigen. Zusätzlich wurde die Förderung an eine Verbesserung der Öffnungszeiten gekoppelt. Bis zum Jahr 2014 müssen diese schrittweise auf 47 Wochen pro Jahr ausgeweitet werden. Auch das Betreuungsangebot an den Schulen wird kontinuierlich erweitert: Bis zum Schuljahr 2014/2015 werden die Ganztagsschulplätze inklusive Hortplätze auf 210.000 ausgebaut.

Gratis-Kindergarten und Sprachförderung für mehr Chancengleichheit

Seit September 2009 haben alle 5-jährigen Kinder in Österreich das Recht auf einen kostenlosen Kindergartenplatz im Ausmaß von 20 Stunden pro Woche. Der Besuch des letzten Kindergartenjahres ist außerdem seit September 2010 für alle Fünfjährigen halbtags verpflichtend - ein entscheidender Beitrag für mehr Chancengleichheit. Für die frühe sprachliche Förderung in den Kindergärten stellt die Regierung außerdem von 2012 bis 2014 15 Mio. Euro zur Verfügung.

Einkommensabhängiges Kindergeld stärkt Väterbeteiligung

Das Kinderbetreuungsgeld gibt es in fünf Varianten, inklusive zweier Kurzvarianten, die ein gutes Angebot für alle darstellen, die rasch wieder ins Berufsleben einsteigen möchten. Als erfolgreiches Modell hat sich dabei das einkommensabhängige Kindergeld erwiesen, das die Väterbeteiligung entscheidend fördert. Nachbesserungen wird es bei dieser Bezugvariante auf Druck der SPÖ hinsichtlich der Zuverdienstgrenze geben. Die Regelungen werden vereinfacht und die Zuverdienstgrenze leicht angehoben.

Kinderrechte in Verfassung verankert

Anfang 2011 wurden die Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in der österreichischen Verfassung verankert. Das Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern schafft nicht nur einen neuen Rahmen für Gesetzgebung und Vollziehung, sondern rückt vor allem auch den Stellenwert der Kinder unmissverständlich in den Mittelpunkt der Gesellschaft.

Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen

Mit der Ausbildungsgarantie stellt die Bundesregierung sicher, dass jeder Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren einen Ausbildungsplatz erhält. Diese und weitere Maßnahmen tragen dazu bei, dass Österreich im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zur Spitze Europas zählt.

Wegfall des Schulbuch-Selbstbehaltes

Damit werden die Eltern von Schülern um knapp 10 Mio. Euro entlastet. Darüber hinaus wurden die Schulbuchlimits für alle Schulformen in drei Etappen erhöht, um Zuzahlungen der Eltern vermeiden zu können. Die Kosten dafür liegen bei knapp 14 Millionen Euro pro Jahr, was eine Entlastung pro Schüler von zehn bis 15 Euro pro Jahr bringt.

Besserer Schutz von Unmündigen

Die Strafen bei Gewaltdelikten von Volljährigen gegenüber Unmündigen wurden deutlich verschärft. So wird ein Strafmindestmaß eingeführt bzw. bereits vorhandene Mindeststrafandrohungen angehoben. Die wahlweise Androhung von Geld- und Freiheitsstrafe entfällt bei diesen strafbaren Handlungen. Ein eigener Erschwerungsgrund bei Tatbegehung unter Anwendung von Gewalt oder gefährlicher Drohung durch eine volljährige gegen eine unmündige Person wurde eingeführt. Außerdem wurden neue Strafen eingeführt, etwa bei Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen, insbesondere via Internet (Grooming).

„Papa-Monat“ im öffentlichen Dienst

Im Bundesdienst wurde der Rechtsanspruch auf Frühkarenz für Väter eingeführt. Der Papamonat soll Vätern die Gelegenheit geben, früh eine intensive Bindung zu ihren Kindern aufzubauen und den Müttern in der Phase nach der Geburt zur Seite zu stehen. Der Papamonat kann maximal vier Wochen lang innerhalb der ersten zwei Monate nach der Geburt des Kindes in Anspruch genommen werden und ist in dieser ersten Ausbauphase nicht bezahlt.

GESUNDHEIT & KONSUMENTENSCHUTZ

Verbesserungen für Patienten und Konsumenten

Die elektronische Gesundheitsakte ELGA erhöht die Sicherheit von Patientinnen und Patienten, die Krankenkassen haben ihre Schulden halbiert, Gruppenpraxen erleichtern Arztbesuche, das Anmieten von Wohnungen wird billiger und unerwünschte Werbeanrufe werden verboten - das sind nur einige der Errungenschaften der SPÖ-geführten Bundesregierung.

Gesundheit

Drei Schritte zu einer umfassenden Gesundheitsreform:

- **Sicherung und Sanierung der Krankenkassen**
Mit dem Krankenkassen-Paket wurde die Finanzierung der Krankenkassen langfristig gesichert - die Grundvoraussetzung für den Erhalt und den Ausbau des solidarischen Gesundheitssystems in Österreich. Bis 2014 bekommen die Kassen jährlich 40 Mio. Euro aus dem Kassenstrukturfonds, wenn sie ihre Sparziele erreichen. 2011 haben die Kassen die vorgegebene Kostendämpfung um mehr als 200 Mio. Euro übertroffen. Die Schulden der Gebietskrankenkassen wurden bereits fast halbiert. Die Leistungen für die Patienten bleiben dabei erhalten.
- **Neue Gruppenpraxen (Ärzte-GmbHs)**
Seit September 2010 können sogenannte Gruppenpraxen gegründet werden. Die ambulante öffentliche Gesundheitsversorgung wird damit gestärkt. Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen können unter einem Dach zusammenarbeiten. Für die Patienten bedeutet das kürzere Warte- und längere Öffnungszeiten, mitunter auch am Wochenende.
- **Spitalsreform ist auf gutem Weg**
Gesundheitsminister Alois Stöger befindet sich in Verhandlungen mit den betroffenen Akteuren im Gesundheitswesen. Das Kernziel einer Spitalsreform ist es, aus derzeit zehn Krankenanstaltengesetzen ein bundesweit einheitliches zu machen. Weiters soll es gemeinsam vereinbarte Versorgungs- und Finanzziele geben - an deren Erreichung soll die Ausschüttung von Bundesmitteln gebunden werden, ähnlich dem Kassenstrukturfonds. Die dritte Säule der Spitals- und Gesundheitsreform ist eine Transparenz- und Qualitätsoffensive. Auf der Website www.spitalskompass.at etwa sehen Patienten, wo welche Leistung in welcher Qualität angeboten wird. Eine im Ministerrat beschlossene Novelle des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes bringt weiters eine bessere lokale Bedarfsanpassung des Angebots an Spitalsleistungen. Die Spitäler sollen optimal auf den Bedarf in den Regionen ausgerichtet werden.

Transparentes Wartezeitenmanagement

Ein Beitrag für ein gerechtes Gesundheitssystem: Für geplante Operationen wird es transparente Wartelisten geben. Damit soll anonymisiert ersichtlich sein, wie lange man in einem Spital auf eine gewisse Operation warten muss. Auch die Sonderklasse-Patienten sind in der Liste ersichtlich zu machen.

Pilotphase e-Medikation + ELGA

Vom Arzt verordnete oder vom Apotheker rezeptfrei erhältliche Medikamente werden bei der e-Medikation elektronisch erfasst. Damit können erwünschte und unerwünschte Wechselwirkungen leichter überprüft und bereits bei der Verordnung berücksichtigt werden. Auch der Apotheker sieht bei Abgabe eines rezeptfreien Medikamentes, ob es sich mit der bestehenden Medikation verträgt. Gerade ältere und chronisch kranke Menschen nehmen oft eine Reihe verschiedener Arzneimittel ein und profitieren von dieser Prüfung. Ein Pilotprojekt zur sogenannten e-Medikation läuft bereits und stellt den ersten Schritt zur Elektronischen Gesundheitsakte ELGA dar. Diese soll nicht nur Medikamente, sondern u.a. auch Befunde und bisherige Behandlungen beinhalten. So ist jeder behandelnde Arzt auf dem gleichen Wissensstand über die Gesundheit seines Patienten - natürlich nur mit dessen Zustimmung. Die Bundesgesundheitskommission, die unter anderem aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Sozialversicherung zusammengesetzt ist, bekannte sich in einem gemeinsamen, einstimmigen Beschluss am 25.11.2011 zur Umsetzung der Elektronischen Gesundheitsakte.

Brustkrebsfrüherkennung - Mammographie-Screening

In Zukunft werden alle Frauen zwischen 45 und 69 Jahren per Einladungsbrief alle zwei Jahre zur Mammographie eingeladen. Der Brief gilt gleich als Überweisung - auf diese Weise soll die Motivation, zur Untersuchung zu gehen, erhöht und Frauen, die das Angebot sonst eher nicht in Anspruch nehmen, erreicht werden. Weitere Eckpunkte in der Brustkrebsprävention sind die verpflichtende, unabhängige Doppelbefundung durch zwei Ärzte und vorgeschriebene Qualitätsstandards für die technische Ausrüstung.

Kampf gegen Drogen

Die sogenannten „neuen psychoaktiven Substanzen“ stellen ein hohes Gesundheitsrisiko dar. Sie werden als Badesalz oder Räuchermischungen (z.B. das schon verbotene „Spice“) verkauft. Sobald eine Substanz verboten wurde, haben die Erzeuger sehr schnell eine Droge mit einer ähnlichen, aber nicht verbotenen Substanz entwickelt. Mit dem „Neue psychoaktive Substanzen-Gesetz“ können erstmals ganze Substanzgruppen per Verordnung verboten und so den Erzeugern vorgegriffen werden. Wichtig ist, dass zwar Hersteller und Dealer strafrechtlich belangt werden können, nicht aber die Konsumenten kriminalisiert werden. Österreich ist hier Vorreiter in Europa.

Kindergesundheitsstrategie - neue Gratis-Impfungen für Kinder

Mitte 2010 startete der Kindergesundheitsdialog zur Erarbeitung einer Strategie zur Verbesserung der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Mehr als 180 Experten aus dem Gesundheitswesen und vielen anderen Bereichen haben darin ihr Wissen und ihre Erfahrung eingebracht. Erstmals wurden die vielfältigen Bedürfnisse und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien in einem Gesamtzusammenhang betrachtet. Der im Rahmen des Kindergesundheitsdialogs erarbeitete Strategiekatalog enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden sollen. Gesundheitsförderung und Prävention wird ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Die erste konkrete Verbesserung für die Kindergesundheit stellt die Erweiterung des Kinderimpfprogramms dar. Ab 2012 sind die Impfungen gegen Pneumokokken und Meningokokken für alle Kinder kostenlos.

Arzneimittelsicherheit verbessert

Das neue Arzneiwareneinfuhrgesetz verbessert die Einfuhrkontrolle von Arzneimitteln, so auch Bestellungen aus dem schwer kontrollierbaren, illegalen Internet-Handel. Ziel ist der Schutz der Gesundheit von Patienten und Konsumenten durch Gewährleistung sicherer, qualitativ hochwertiger und wirksamer Arzneimittel, die nach Österreich eingeführt werden.

Nationaler Aktionsplan Ernährung - NAP.e

Der NAP.e soll die Ernährung der Österreicher gesünder machen, um ernährungsbedingten Krankheiten vorzubeugen. Ob Kindergarten oder Beruf, Jugendliche oder Senioren: Die gesunde Wahl in der Kantine oder am Schulbuffet soll die leichtere werden. Ein Beispiel ist die Leitlinie Schulbuffet (Info und Unterstützung für Schulbuffetbetreiber für gesünderes Angebot, verstärkte Werbung für Gesundes statt für Cola und Co). Auch Ernährungshilfe für Schwangere und Kinder („Richtig essen von Anfang an“) und die neue Ernährungspyramide gehören zu dieser Ernährungsstrategie. Bis 2020 sollen ernährungsbedingte Krankheiten wie Herz-Kreislaufkrankheiten oder Diabetes stark zurückgedrängt werden. Auch die Transfettsäuren-Verordnung, die strengere Grenzwerte für gefährliche Transfette in Lebensmitteln wie Backwaren beinhaltet, trägt zu gesünderer Ernährung bei.

Verbesserungen beim Mutter-Kind-Pass

Seit Anfang 2010 sind im Mutter-Kind-Pass zusätzliche Leistungen inkludiert: ein HIV-Test während der Schwangerschaft, eine zusätzliche Ultraschalluntersuchung sowie ein Zuckerbelastungstest.

„Pille danach“ rezeptfrei

Seit Dezember 2009 ist die „Pille danach“, ein Verhütungsmittel für Notfälle, rezeptfrei erhältlich. Begleitend gab es eine Kampagne, um sowohl betroffene Frauen als auch Frauenärztinnen und -ärzte und Jugendberatungseinrichtungen darüber zu informieren.

Arzneimittel-Hotline

Seit 1.1.2011 haben Patienten unter der Apothekenrufnummer „1455“ die Möglichkeit, rund um die Uhr Informationen über die nächstgelegene Apotheke zu bekommen sowie Fragen zu Arzneimitteln zu stellen. Vor allem für blinde und sehbehinderte Menschen ist die Hotline eine Hilfe.

Zahnärztliches Assistentengesetz

Der Beruf der Zahnarztassistenten wird erstmals gesetzlich geregelt und eine eigene Ausbildung aus Theorie- und Praxisunterricht geschaffen.

Bundesgesundheitskonferenz: Gesundheitsziele für Österreich

In einer nationalen Konferenz von Bund, Ländern und Sozialversicherung wurde die Erarbeitung von nationalen Rahmen-Gesundheitszielen beschlossen. Über eine Online-Plattform konnte jeder Interessierte Vorschläge einbringen. Die ersten multidisziplinär besetzten Arbeitsgruppen haben ihre Arbeiten aufgenommen. Bis zum Frühjahr 2012 werden erste Vorschläge für Gesundheitsziele für Österreich vorliegen. Sie sollen der Gesundheitspolitik für die nächsten Jahrzehnte als Orientierung dienen.

Mehr Vertragsärztinnen für Frauenheilkunde

Ärztinnen im Bewerbungsverfahren um eine Facharztstelle werden mit einem 10-Prozentpunkte-Bonus bewertet, d.h. gegenüber ihren männlichen Kollegen positiv diskriminiert. Diese Maßnahme soll mittelfristig zu einer flächendeckenden Versorgung an Gynäkologinnen mit Kassenvertrag führen.

Start der qualitätsgesicherten Onlineplattform für Patienteninformationen - www.gesundheit.gv

Ziel von www.gesundheit.gv ist es, qualitätsgesicherte Informationen über das Gesundheitswesen und seine Leistungen für die Bürger und medizinische Themen bereitzustellen.

Neugestaltung des Tierschutzrates (TSR), Schaffung der Tierschutzkommission und des Vollzugsbeirates:

Neue Zusammensetzung des TSR; Schaffung eines eigenen Vollzugsbeirates zur effizienteren Gestaltung eines einheitlichen Vollzuges des Tierschutzes in den Bundesländern; Schaffung einer Tierschutzkommission, in der Tierschutzsprecher aller politischen Parteien vertreten sind, zur Beratung des Bundesministers in Tierschutzfragen (unter Vorsitz des Bundesministers für Gesundheit, Mitglieder bestehen aus je einem Vertreter der im NR vertretenen politischen Parteien sowie 4 Experten des BMG und des BMLFUW).

Konsumentenschutz

Neues Verbraucherkreditgesetz

Durch die Änderungen im Kreditrecht können Kreditangebote europaweit miteinander verglichen werden. Mit dem neuen Kündigungsrecht können Verbraucher bis zu 14 Tage nach Abschluss des Kreditvertrages davon zurücktreten.

Internetportal für Konsumenten

Mit einem breiten Angebot an Informationen ist im August 2010 das Konsumentenportal www.konsumentenfragen.at des Konsumentenschutzministeriums gestartet.

Anmieten von Wohnungen wird billiger

Die Obergrenze für Makler-Provisionen bei allen unbefristeten und zwischen zwei und drei Jahren befristeten Mietverhältnissen wurde um eine Bruttomonatsmiete gesenkt.

Verbesserung der Lebensmittelsicherheit

Mehr Sicherheit und Transparenz für die Konsumenten: Beim dringenden Verdacht, dass ein Lebensmittel eine Krankheit auslöst, wird eine öffentliche Warnung vom Gesundheitsministerium veranlasst.

Verpackungsmaterial darf nicht mehr mitgewogen werden

Mit der Verpflichtung zur Verwendung der „Tara-Taste“ wurde das Ärgernis des Mitwiegens des Verpackungsmaterials, etwa beim Wurstkauf, beseitigt. Diese Novelle des Maß- und Eichgesetzes tritt mit 1.1.2012 in Kraft. Konsumenten werden in aller Regel am Waagendisplay sehen können, ob die Taste gedrückt wird. Für Waagen ohne Tara-Funktion gibt es eine Übergangsfrist bis 31. Dezember 2015.

Novelle zum Telekommunikationsgesetz

Die Novelle schafft deutlich mehr Sicherheit für die Konsumenten. Der Schutz vor überhöhten Rechnungen bei Telefon- und Datendiensten ist darin ebenso verankert wie das Recht auf kostenlose Papierrechnungen, eine verkürzte Mindestlaufdauer von Verträgen und eine frühere Ausstiegsmöglichkeit sowie mehr Transparenz bei Vertragsabschlüssen.

Cold Calling - unerwünschte Werbeanrufe

Seit 1. Mai 2011 gilt die neue Regelung zu Cold Calling. Am Telefon geschlossene Verträge über Gewinnzusagen sowie über Wett- und Lotteriedienstleistungen sind nichtig - das sind 80 Prozent der Verbraucherbeschwerden. Für alle anderen Fälle gilt: Sieben Werktage Rücktrittsfrist mit Beginn der Erbringung der Dienstleistung, beziehungsweise mit dem Zeitpunkt, zu dem der Unternehmer erstmals das Entgelt für die erbrachte Dienstleistung gegenüber dem Verbraucher geltend macht.

Kampf der „Abzocke“

Das Themenfeld Abzocke hat das Konsumentenschutzministerium auch im Jahr 2011 umfassend beschäftigt: ob Internetabzocke, Phishing-Mails, Werbefahrten, gefälschte Gewinnspiele, Keiler, die Verträge unterjubeln usw. Das Ministerium setzt weiter auf Information und Prävention und fördert die Watchlist des Internet-Ombudsmanns („Abzockeseiten“) und die neue österreichweite Watchlist zu Werbefahrten, betrieben von der AKNÖ.

Empfehlungen Produktsicherheit

Der Produktsicherheitsbeirat hat im Mai 2011 eine Empfehlung zur Vermeidung von PAKs (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe), die z.B. in Kunststoffen enthalten sein können, beschlossen. Eine Empfehlung betreffend Blei im Schmuck steht kurz vor Beschlussfassung.

VERKEHR, INFRASTRUKTUR & INNOVATION

Mit Innovationskraft und moderner Infrastruktur in eine erfolgreiche Zukunft

Unter der SPÖ-geführten Bundesregierung gibt es Rekordinvestitionen in Infrastruktur und Forschung. Auch in Sachen Verkehrssicherheit hat Österreich die Nase vorn.

Verkehr

Verkehrssicherheitspaket - Höhere Strafen für Hochrisiko-Lenker

Ein umfangreiches Maßnahmenbündel erhöht die Verkehrssicherheit: höhere Strafen für die Hochrisikogruppen Raser und Alko-Lenker, verstärkte Kontrollen, längerer Führerscheinenzug für Alko-Lenker sowie einheitliche Strafen auf Autobahnen schaffen gemeinsam mit verstärkter Bewusstseinsbildung die Grundlage für mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Positiver Trend: Ein Rückgang der Alko-Lenker und eine generell rückläufige Zahl von Verletzten und Toten im Straßenverkehr. Für Extremraser gilt: Je höher die Tempoüberschreitung, desto länger ist der Schein weg.

Mehr Schutz für schwächste Verkehrsteilnehmer

Seit März 2011 gibt es eine Radhelmpflicht für Kinder bis 12 Jahre. Da bei Kindern die Gefahr von Kopfverletzungen wesentlich höher ist als bei Erwachsenen, sind gerade sie es, die von einer Radhelmpflicht profitieren. Österreich soll bis 2020 zu den sichersten Ländern Europas gehören. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Verkehrsministerium ein 250 Maßnahmen starkes Verkehrssicherheitsprogramm ausgearbeitet. Dieses rückt vor allem die schwächsten Verkehrsteilnehmer - wie Radfahrer, Fußgänger und Kinder - ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Verankerung des Rücksichtnahmegebots in der Straßenverkehrsordnung ist ein weiterer wichtiger Schritt.

Mehr Sicherheit für Moped- und Motorradfahrer

In der Motorrad-Ausbildung wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die richtige Bremstechnik gelegt. Außerdem: Die Reform der Mopedausbildung mit mehr Fahrpraxis hat zu einem starken Rückgang der Mopedunfälle beigetragen: Minus 44 Prozent bei den tödlichen Unfällen.

Einführung der Rettungsgasse

Die Rettungsgasse wird ab 1.1.2012 verpflichtend auf Autobahnen und Schnellstraßen eingeführt werden. Damit wird den Rettungskräften eine raschere Bergung von Verletzten ermöglicht (geschätzter Zeitgewinn 3-4 Minuten gegenüber Einsatz über Pannestreifen).

EU-Führerschein und neue Motorradklassen

Mit 1. Jänner 2013 wird EU-weit der neue befristete EU-Scheckkarten-Führerschein ausgegeben. Mit dem regelmäßigen Dokumentenaustausch und den dadurch aktuellen Fotos soll Fälschungen vorgebeugt werden. Die EU-Richtlinie schreibt einen Austausch des Dokuments im 10- oder 15-Jahres-Intervall vor. Österreich sichert sich mit 15 Jahren die maximal mögliche Gültigkeitsdauer. Für Lenkberechtigungen im Falle einspuriger Kraftfahrzeuge wurde in der EU-Richtlinie der Grundsatz des stufenweisen Zugangs im Zweijahres-Rhythmus festgeschrieben. Der Umstieg erfolgt von der Klasse A1 (125 ccm) auf A2 (bis 35 kw) auf A. Weiters wurde das Mindestalter für Lenkerinnen und Lenker in der Kategorie der leistungsstärksten Motorräder, die keine Praxis aufweisen können, von 21 auf 24 Jahre erhöht.

Infrastruktur

Rekordinvestitionen in die Infrastruktur

Mit dem ÖBB-Rahmenplan und dem Asfinag-Bauprogramm 2011-2016 bleiben die Investitionen in Österreichs Infrastruktur auf Rekordniveau. 12,8 Mrd. Euro werden in den Ausbau der Schiene, 6,5 Mrd. Euro in das hochrangige Straßennetz investiert. Die Projekte reichen vom Ausbau der großen Korridore zu Hochleistungs-

strecken, 100 Bahnhofsumbauten über die Erneuerung von Gleisanlagen bis hin zur Absicherung von Eisenbahnkreuzungen. Auch die Privatbahnen und Anschlussbahnen erhalten für die nächsten Jahre beträchtliche Mittel für den Infrastrukturausbau. Durch diesen Infrastrukturausbau werden mehr als 50.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Mehr Fahrgastrechte im Schienen-Nahverkehr und mehr Pünktlichkeit

Jahreskarteninhaber bekommen im Regionalverkehr einen verbindlichen Anspruch auf finanzielle Entschädigung bei Verspätungen. Im Regionalverkehr ist dieser Anspruch seit Anfang 2010 schon bei einer Unterschreitung einer 90-prozentigen Pünktlichkeit fällig. Bahnkunden im Fernverkehr haben einen Entschädigungsanspruch bei Verspätungen von mehr als einer Stunde. Dies hilft unmittelbar den Fahrgästen und verstärkt den Druck, die Pünktlichkeit der Züge zu erhöhen. Hier gibt es klare Vorgaben, die Pünktlichkeit der Züge zu verbessern. So müssen bis 2014 sämtliche fahrplanrelevante Langsamfahrstellen im Kernnetz auf null reduziert sein. Ende September 2011 lag die Pünktlichkeit bei 96,4 Prozent - um 6 Prozentpunkte höher als 2009.

ÖBB: Zielnetz 2025+

Das Zielnetz 2025+ ist der langfristige Ausbauplan für die heimische Schieneninfrastruktur bis 2025 sowie darüber hinaus. Verwirklicht wird dieses Konzept etappenweise mit den Rahmenplänen, die jeweils auf sechs Jahre beschlossen werden. Im Detail konzentriert sich das Strategiekonzept auf den langfristigen Ausbau zentraler österreichischer Schienenstrecken und die Modernisierung des Bestandes. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Kundenorientierung (z.B. barrierefreie Bahnhöfe).

Road Map Luftfahrt 2020

Der Luftfahrtsektor erwirtschaftet mit 70.000 direkt und indirekt Beschäftigten vier Milliarden Euro Wertschöpfung pro Jahr. Die optimale Einbindung in das globale Flugverkehrsnetz ist für Österreich ein wesentlicher Standortfaktor. Wie sich der Luftfahrtstandort Österreich in den kommenden zehn Jahren entwickeln wird, ist Gegenstand der Road Map Luftfahrt 2020, die das Verkehrsministerium gemeinsam mit der Branche und internationalen Experten erarbeitet hat.

Flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen

Ein wesentliches Anliegen des Postmarktgesetzes ist die Sicherstellung der flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und leistbaren Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen, insbesondere im ländlichen Raum, auch nach der vollständigen Liberalisierung des Postmarktes. Das Postmarktgesetz garantiert 1.650 Postgeschäftsstellen österreichweit. Nach den Schließungswellen bis 2006 lag die Zahl der Postgeschäftsstellen zu Beginn des Jahres 2009 bei 1.500, heute sind es wieder deutlich mehr als 1.800.

Beschleunigter Breitbandausbau

Mit der im Sommer 2009 verabschiedeten Novelle des Telekommunikationsgesetzes wurde die Basis für einen beschleunigten Netzausbau durch kluge Regulierung geschaffen und damit unternehmerische Entscheidungen für Investitionen begünstigt. Bis 2013 stehen außerdem insgesamt 30 Millionen Euro für den Ausbau des Breitbandnetzes im ländlichen Raum zur Verfügung.

Novelle Telekommunikationsgesetz - Stärkung von Verbraucherrechten

Die Novelle zum Telekommunikationsgesetz bringt eine wesentliche Stärkung der Konsumentenrechte. Vor allem wird sie den Handynutzern mehr Schutz vor überhöhten Rechnungen bringen. Verpflichtende Warn-SMS sollen darauf aufmerksam machen, dass ein gewisses Kostenlimit erreicht wurde, auch eine Sperre soll auf Kundenwunsch möglich sein. Darüber hinaus wird die Möglichkeit einer kürzeren Vertragsbindung geschaffen. Erstverträge dürfen die Kunden maximal zwei Jahre binden, und es müssen auch Verträge angeboten werden, die sie höchstens ein Jahr binden. Außerdem haben Kunden bei Vertragsabschluss ein Recht auf eine kostenlose Papierrechnung, wenn sie das wünschen.

Innovation

Angewandte Forschung auf der Überholspur

Forschung und Entwicklung in den Unternehmen ist der Schlüssel für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, und damit für Wachstum und Beschäftigung. Mehr als 400 Millionen Euro fließen seitens des BMVIT in die angewandte, wirtschaftsnahe Forschung. Mit Erfolg: Während andere Staaten im Krisenjahr 2009 Rückgänge in der betrieblichen Forschung aufwiesen, haben die heimischen Unternehmen dank der gezielten Forschungsförderung ihre F&E-Tätigkeit sogar steigern können.

E-Mobilitätsoffensive

Elektromobilität ist ein für Österreich zentrales Wirtschafts- und Standortthema und bedarf der Kooperation zahlreicher Akteure. Dabei hat das Infrastrukturministerium die Schlüsselrolle übernommen. Die Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung hat zu einer echten Aufbruchsstimmung in Österreich geführt. Heute sind mehr als 500 heimische Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der E-Mobilität engagiert, von den Autozulieferbetrieben bis hin zur E-Wirtschaft. Bis 2020 sollen fünf Prozent aller Neuzulassungen reine Elektroautos sein.

Gezielte Unterstützung für Forscherinnen und Forscher

Forscherinnen und Forscher fördern, Nachwuchs gewinnen, Menschen vernetzen, unter diesen Vorzeichen steht das neue Humanressourcenpaket des BMVIT. Das Paket ist fokussiert auf drei strategische Interventionsfelder: Nachwuchs gewinnen: Kinder und junge Menschen sollen für Forschung begeistert werden. Junge Frauen und Männer sollen bei ihrem Karrierestart in die Forschung unterstützt werden. Zentraler Aspekt des Humanressourcenpakets ist die Sicherstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern. Erstmals wird Forschungsförderung an Genderkriterien geknüpft.

Initiative „Innovationsland Österreich“

22 renommierte heimische Unternehmen verpflichten sich selbst zu 20 Prozent höheren Forschungsausgaben. 750 Millionen Euro werden sie 2015 dafür investieren. Das ist ein Plus von 125 Millionen Euro. Das ist der Inhalt der Deklaration „Innovationsland Österreich“, die von Innovationsministerin Doris Bures und Vertretern elf heimischer Top-Unternehmen im September 2011 unterzeichnet wurde. Mit den Anstrengungen der Unternehmen rückt das Ziel, die Forschungsquote von gegenwärtig 2,79 Prozent auf 3,76 Prozent im Jahr 2020 zu erhöhen, in greifbare Nähe.

FTI-Initiative „Intelligente Produktion“

Produktionstechnologie ist einer der vier großen Schwerpunkte in der Forschungsförderung des BMVIT. Intelligente Produktions- und Prozesstechnologien sind der Schlüssel für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung. Das BMVIT erhöht 2011 die Forschungsförderungsmittel für Produktionstechnologien um beinahe 50 Prozent auf 50 Millionen Euro; derzeit läuft die mit 14 Mio. Euro dotierte Ausschreibung „Intelligente Produktion“.

SICHERHEIT & JUSTIZ

Umfassende Sicherheit, moderne Justiz, Reformen für das Heer

Ein umfassender Sicherheitsbegriff für alle Österreicherinnen und Österreicher beinhaltet für die SPÖ neben Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik auch die persönliche Sicherheit jedes Einzelnen und ein gelungenes Zusammenleben. Das Österreichische Bundesheer gewährleistet mit seinen Einsätzen die Katastrophenhilfe und nimmt international an Friedensmissionen teil.

Terrorismuspräventionsgesetz

Das Gesetz dient zur Verhinderung von Terrorismus, bestimmter Vorbereitungshandlungen und Organisationshandlungen und stellt die Ausbildung zu terroristischen Zwecken unter Strafe. Gleichzeitig verfolgt das Gesetz das Ziel, einer Radikalisierung durch Aufruf zu Gewalt und Hass entgegenzuwirken und dabei auch einen wirksamen Schutz für bestimmte Gruppen oder Mitglieder dieser Gruppen vor rassistischer Verhetzung zu bieten.

Bundesamt für Korruptionsbekämpfung

Das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung und -prävention, das beim Innenministerium angesiedelt ist, hat die Aufgabe, bundesweit gegen jegliche Art von Korruption vorzugehen. Dabei wird es in enger Zusammenarbeit mit der Korruptionsstaatsanwaltschaft vorgehen.

Waffengesetz-Novelle

Künftig müssen alle Schusswaffen in Österreich registriert werden. Bisherige Ausnahmen für bestimmte Langwaffen fallen somit weg. Bis 2014 wird ein computergestütztes, zentrales Waffenregister eingerichtet, das auch die Begründung für Erwerb und Besitz einer Waffe enthalten wird.

Schutz von Unmündigen

Strafverschärfungen bei Gewaltdelikten von Volljährigen gegenüber Unmündigen. So wird ein Strafmaß eingeführt bzw. bereits vorhandene Mindeststrafandrohungen angehoben. Die wahlweise Androhung von Geld- und Freiheitsstrafe entfällt bei diesen strafbaren Handlungen. Einführung eines eigenen Erschwerungsgrundes bei Tatbegehung unter Anwendung von Gewalt oder gefährlicher Drohung durch eine volljährige gegen eine unmündige Person.

Strafrechtsänderungsgesetz

Mit dem Gesetz wird der Schutz Minderjähriger vor Sexualdelikten durch Einführung neuer Straftatbestände (Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen, wissentliche Betrachtung pornographischer Darbietungen Minderjähriger) und Ausdehnung der inländischen Gerichtsbarkeit weiter ausgebaut werden. Solche Straftaten können auch in Österreich verfolgt werden, wenn sie in anderen Ländern stattgefunden haben. Ausdrücklich verboten werden auch Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung auch im Ausland.

Polizei: Aus 31 Behörden werden 9 Landesdirektionen

Die 31 bisher bestehenden Sicherheitsbehörden werden künftig zu neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt. Daraus ergeben sich - neben den Einsparungen von 8 bis 10 Millionen Euro - effizientere und schlankere Strukturen. Das eingesparte Geld wird wieder in die Sicherheit investiert: Künftig werden mehr Polizisten auf der Straße das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken.

Bundesamt für Asyl und Migration

Die SPÖ-Forderung nach Schaffung eines Bundesamtes für Asyl und Migration wurde im Ministerrat beschlossen. Ab 2013 werden in diesem Bundesamt alle erstinstanzlichen Zuständigkeiten für das Fremdenrecht gebündelt und von Spezialisten betreut. Bisher waren 113 Behörden am Vollzug beteiligt. Damit wird der Fremdenrechtsvollzug beschleunigt und vereinheitlicht, was sowohl im Interesse der Asylwerbenden als auch der Republik Österreich ist.

Fremdenrechtspaket

Durch das Gesetzespaket wurde der Asylmissbrauch eingedämmt und bestehende Lücken im Fremdenrecht geschlossen. Zu den Kernpunkten zählen die Beschleunigung von Asylverfahren durch Einschränkung bei Folgeanträgen nach einem negativen Asylbescheid und die Erweiterung von Schubhaft. Durch neue Regelungen wurde auch das Untertauchen von Asylwerbern erschwert.

Bundesheer

Internationale Friedenseinsätze

Österreich wird UNO- und EU-Missionen im Jahr 2012 weiterhin aktiv mit Angehörigen des Bundesheeres und der Exekutive sowie mit Zivilpersonen unterstützen. Schwerpunkte des österreichischen Engagements bleiben der Westbalkan und der Nahe Osten. Unter anderem werden die Einsätze in Zypern, in den palästinensischen Gebieten, am Golan, in Afghanistan, in Georgien, in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo und im Kongo verlängert.

Auslandseinsatz: Österreichische Soldaten helfen im Libanon

Ab Ende November tragen 154 österreichische Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen zur Sicherheit der Bevölkerung im Libanon bei. Vor Ort kümmern sich die Profis des Bundesheeres um die Versorgung der Truppe, den Transport von Personal und Ausrüstung, sowie die Bergung und Reparatur beschädigter UNIFIL-Fahrzeuge.

Battle-Groups: Bundesheer beteiligt sich an Eingreiftruppe

Von Jänner bis Juni hat Österreich 180 Soldaten für die Battle-Groups der Europäischen Union gestellt. Die Battle Groups ermöglichen schnelles Eingreifen in Krisen- und Konfliktsituationen. Sie sind eine Art militärische Krisenfeuerwehr der Europäischen Union für Frieden und Stabilität.

Bundesheer wirft Ballast ab: Zwei Drittel der Panzer werden eingespart

Verteidigungsminister Norbert Darabos richtet das Bundesheer auf die aktuelle und künftige Bedrohungslage aus. Das Heer trennt sich von veralteten und nicht mehr benötigten gepanzerten Fahrzeugen. Bis 2014 werden 750 von derzeit 1.150 Panzern ausgesondert. Sie werden entweder verschrottet, verkauft oder zur Gewinnung von Ersatzteilen verwendet. Aus der Verwertung werden Einnahmen von 17 Millionen Euro erwartet. Mittel- bis langfristig ergeben sich Einsparungen von jährlich 15 Millionen Euro. Investiert wird in modernes, flexibel und rasch einsetzbares Gerät wie das geschützte Mehrzweckfahrzeug IVECO LMV.

Mehr Rechtssicherheit für unsere Soldaten

Mit der Novelle zum Auslandseinsatzgesetz wird sichergestellt, dass die Soldaten des Bundesheeres die Rechtssicherheit bekommen, die sie benötigen, um ihre Aufgaben im Ausland zu erfüllen. Darunter fallen unter anderem der Waffengebrauch sowie von Soldaten durchgeführte Festnahmen bei Einsätzen im Ausland.

Pilotprojekte: Die Reform geht weiter

Im September hat Verteidigungsminister Norbert Darabos den Startschuss zur Ausarbeitung von drei Pilotprojekten gegeben, die ab 2012 wertvolle Erfahrungen für die künftige Organisation des Österreichischen Bundesheeres liefern werden. Konkret wird ein Musterverband aufgestellt, der ausschließlich aus Zeit- und Berufssoldaten besteht, die Miliz wird gestärkt und deutlich aufgewertet. Und die Systemerhalter-Funktion bei den Grundwehrdienern wird deutlich eingeschränkt.

Zivildienstgesetz-Novelle

Künftig steht ehemaligen Zivildienern auch der Weg zu Zoll, Polizei und Justizwache offen. Sie sind künftig nicht mehr von Tätigkeiten mit Schusswaffe ausgeschlossen. Zudem werden ihnen durch die Novelle mehr freie Tage zur Jobsuche während des Zivildienstes gewährt, und die Einsatzgebiete werden auf Beratungseinrichtungen für Fremde und Kindergärten erweitert.

Umwelt & Landwirtschaft

Eine gesunde Umwelt für mehr Lebensqualität

Landwirtschaft, Klimaschutz und Energiepolitik gehen Hand in Hand. Die SPÖ-geführte Regierung hat das erkannt und gezielte Maßnahmen gesetzt. Mehr Lebensqualität für alle Österreicherinnen und Österreicher wurde realisiert. Das bedeutet eine gesunde Natur, qualitativ hochwertige Lebensmittel und eine nachhaltige Energiepolitik. Bäuerinnen und Bauern leisten dazu einen wesentlichen Beitrag, sie pflegen die Landschaft. Die Regierung liefert dazu bestmögliche Rahmenbedingungen.

Atomstrom-Importstopp

Beim von Bundeskanzler Werner Faymann initiierten Anti-Atom-Gipfel mit Umweltorganisationen und Vertretern der Energiewirtschaft Anfang Juli 2011 wurde ein Atomstrom-Importstopp bis spätestens 2015 als Ziel definiert. Stromimporte sollen in Zukunft ein Herkunftszertifikat bekommen.

Sicherheitschecks von AKW

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima verpflichtet die EU nicht zuletzt auf das Drängen Österreichs hin erstmals alle Mitgliedsstaaten zu Sicherheitstests in ihren Atomkraftwerken. Österreich stellt dafür auch Experten zur Verfügung. Zusätzlich organisiert Österreich Allianzen für einen EU-weiten Ausstieg aus der Atomenergie.

Förderung thermischer Sanierung

2011 stehen für die thermische Sanierung wieder 100 Millionen Euro zur Verfügung, davon 70 Millionen Euro für den privaten Wohnbau und 30 Millionen Euro für Betriebsgebäude.

Ökostromgesetz

Bis 2020 soll der Ökostrom-Anteil von derzeit fast 70 Prozent auf über 80 Prozent steigen. In Abstimmung mit der Ökostrom-Branche wurde ein ambitioniertes Ausbauprogramm festgeschrieben. Demnach liegt das realistische Ausbaupotenzial in Österreich bis 2020 bei über zehn Terawatt-Stunden, was umgerechnet dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von rund 2,9 Millionen Haushalten entspricht. So werden etwa die Windkraft-Kapazitäten von derzeit 1.000 MW auf 3.000 MW verdreifacht.

Ökostromeinspeisetarife

Durch die angehobenen Einspeisetarife ist der Ausbau des geförderten Ökostroms wieder in Schwung gekommen. Jährlich werden so Investitionen von 335 Millionen Euro in Windräder, Photovoltaik-Anlagen und Biomasse-Einrichtungen initiiert. Rechnet man die Förderungen aus anderen Quellen dazu, so unterstützt der Bund jährlich sogar Investitionen in Höhe von 420 Millionen Euro.

Klimaschutzgesetz

Mit dem Klimaschutzgesetz gibt es festgelegte CO₂-Höchstmengen für die einzelnen Sektoren, die eingehalten werden müssen. Sollten sie dennoch überschritten werden, wird es entsprechende Sanktionen geben.

Emissionszertifikatsgesetz

Bisher waren Zertifikate weitgehend gratis, ab 2013 wird die Versteigerung zum Grundprinzip. Die Stromerzeuger sollen bereits ab 2013 100 Prozent der Zertifikate ersteigern, wobei die Versteigerungen auf einer gemeinsamen Auktionsplattform nach den Regeln der EU-Versteigerungs-Verordnung 1031/2010/EU durchgeführt werden. Industrieanlagen erhalten die Zertifikate hingegen weiterhin kostenlos, allerdings auf Basis von EU-weit einheitlich festgelegten Regeln und Referenzwerten.

Stromkennzeichnungsverordnung

Die Ausweisung der Herkunft des Stroms sowie der Umweltauswirkungen der Stromerzeugung sind künftig Teil

der Information an die Kundinnen und Kunden. Auf der Jahresabrechnung hat die Ausweisung der Herkunft des Stroms zusätzlich in der Form eines leicht verständlichen und nicht irreführenden Diagramms zu erfolgen.

IG-Luft / Umweltzonen

Mit der Novelle zum Immissionsschutzgesetz-Luft gibt es eine Grenzwert-Regelung für besonders kleinen Feinstaub. Als Maßnahme zur Einhaltung der Grenzwerte ist es nun möglich, Umweltzonen einzurichten. Zudem werden den Landeshauptleuten flexiblere Befugnisse bei der Bekämpfung von Feinstaub zugestanden.

Erster bundesweiter Tierschutzpreis

Mit der Auszeichnung „Der beste Freund der Tiere“ werden Menschen und Organisationen geehrt, die sich rund um den Tierschutz besonders verdient gemacht haben. Gesundheitsminister Alois Stöger möchte damit das wichtige Thema Tierschutz stärker ins Rampenlicht rücken.

Für faire Milchpreise

Erste wirksame Maßnahmen gegen die Milchkrise wurden gesetzt und es gab Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern der IG-Milch für faire Produktionspreise im Rahmen von Gesprächen im Bundeskanzleramt.

Gerechte Verteilung der Milchquoten

Durch Änderungen beim Marktordnungsgesetz konnte eine gerechtere Verteilung der Milchquote auf alle Milchbauern erreicht werden. Wird die Milchquote überliefert, müssen höhere Abgaben bezahlt werden. So wird das Einhalten der zugeteilten Quote verbessert.

Gentechnik-Verbots-Verordnungen

Drei Verlängerungen bzw. eine neue Verordnung zum Anbau- bzw. Importverbot von EU-weit zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (2010 und 2011).

Beispiel: Nationales Anbauverbot für Gen-Erdäpfel „Amflora“

Nach dem OK der EU-Kommission für den Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel „Amflora“ wäre die Sorte für die gesamte EU zum Anbau und für industrielle Verwendungen, nicht jedoch als Lebensmittel, zugelassen. Gesundheitsminister Stöger hat jedoch rechtzeitig vor Beginn der Anbausaison von Kartoffeln den Anbau der EU-Gen-Kartoffelsorte „Amflora“ in Österreich verboten. Die österreichischen Konsumenten können sich somit sicher sein, dass Österreich weiterhin gentechnikfrei bleibt.

EU & Außenpolitik

Für ein soziales, gerechtes Europa

Bundeskanzler Werner Faymann setzt außenpolitisch und innerhalb der Europäischen Union wichtige Akzente. Vor allem der Kampf für eine europaweite Finanztransaktionssteuer, den Atom-Ausstieg in Europa und der Einsatz für Budgetdisziplin aller Euro-Länder steht im Mittelpunkt der Europapolitik. Bei der Finanztransaktionssteuer konnten schon wichtige Erfolge erzielt werden: Werner Faymann war einer der ersten Regierungschefs in der EU, der einen solchen Beitrag der Finanzmärkte gefordert hatte. Nach anfänglicher Ablehnung sind durch beharrlichen politischen Druck mittlerweile die Mehrheit der EU-Länder, Europaparlament und EU-Kommission dafür.

Finanztransaktionssteuer

Auf Druck der SPÖ hat sich die gesamte Bundesregierung dazu bekannt, in der EU für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) zu kämpfen. Diese brächte rund 500 Mio. Euro (pro Jahr) mehr für Österreich. Die EU-Kommission hat sich nun auch entschlossen, die Einführung einer FTS zu unterstützen.

Europäische Bürgerinitiative

Die Regierung hat die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative beschlossen. Dieses durch den Vertrag von Lissabon geschaffene Instrument muss bis April 2012 in jedem EU-Mitgliedsland gesetzlich verankert sein. Diese Initiativen könnten für den notwendigen Druck der Bürger z.B. im Kampf gegen die Atomenergie oder beim Themenkomplex Finanzmarktregulierung sowie für die Finanztransaktionssteuer sorgen.

Europäische Sozialdemokraten

Bundeskanzler Werner Faymann ist Ende 2009 auf dem Kongress der Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) als einziger Regierungschef in das SPE-Präsidium gewählt worden.

Neue EU-Finanzmarktarchitektur

Ein besonders wichtiges Anliegen waren und sind Bundeskanzler Werner Faymann, die richtigen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gezogen werden. Faymann nutzte dabei vor allem die EU-Gipfel, um für eine neue Finanzmarktarchitektur zu kämpfen.

Internationale Hilfen

Österreich stellte für die Bewältigung der Hungerkatastrophe am Horn von Afrika 8,5 Mio. Euro als Soforthilfe zur Verfügung.

Internationale Friedenseinsätze

Österreich wird UNO und EU-Missionen im Jahr 2012 weiterhin aktiv mit Angehörigen des Bundesheeres und der Exekutive sowie mit Zivilpersonen unterstützen. Schwerpunkte des österreichischen Engagements bleiben der Westbalkan und der Nahe Osten. Die Einsätze u.a. in den palästinensischen Gebieten, am Golan, in Afghanistan, in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo und im Kongo werden verlängert.

Österreich ist Mitglied des UNO-Menschenrechtsrates

Für drei Jahre ist Österreich nun Mitglied des UNO-Menschenrechtsrates. 70 Staaten aus allen Regionen unterstützten bereits in der ersten Sitzung die von der österreichischen Delegation eingebrachte Resolution zu Menschenrechten in der Justiz. Der Schwerpunkt dieser Initiative liegt auf den Rechten von Kindern im Konflikt mit dem Gesetz sowie der Einhaltung rechtsstaatlicher Normen in Strafverfahren und Strafvollzug.

Österreich international aktiv

- Mit den Stimmen von 170 Mitgliedsstaaten wurde Österreich in den Exekutivrat der UNESCO, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, gewählt. Österreich wird bis 2015 im 58-köpfigen Leitungsgremium der Weltorganisation vertreten sein.

- Österreich hat bei der Generalkonferenz der UNESCO in Paris den Beitrittsantrag Palästinas zur UNESCO unterstützt.
- Österreich wird Zentrum des „King Abdullah Bin Abdulaziz International Center for Interreligious and Intercultural Dialogue“.
Bei seinem Staatsbesuch in China anlässlich des 40-jährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und China machte Bundeskanzler Werner Faymann gegenüber Präsident Hu Jintao deutlich, dass die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der EU mit China nicht von den Fragen der Menschen- und Bürgerrechte entkoppelt werden dürfen. Das Handelsvolumen soll in den nächsten fünf Jahren verdoppelt werden.

Sitz im Weltsicherheitsrat

Österreich bekam von Ende 2008 bis Ende 2010 einen nichtständigen Sitz im wichtigsten globalpolitischen Gremium - dem UNO-Sicherheitsrat - zugesprochen.

Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Österreich wird für die Instandhaltung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und die Sanierung des österreichischen Pavillons am Gelände des ehemaligen NS-Konzentrationslagers 6 Mio. Euro bereitstellen.

KULTUR, MEDIEN & SPORT

Verlässlicher Partner für Kultur, Sport und eine moderne Medienpolitik

Die Regierung ist ein verlässlicher Partner für die Kunst- und Kulturfinanzierung und für die Bundessportförderung. Kunst und Kultur haben wieder den ihnen gebührenden Stellenwert erhalten. Im Kampf gegen Doping nimmt Österreich eine Vorreiterrolle ein. Und im Medienbereich wurde Österreich erfolgreich als moderner Standort positioniert. Die Regierung Faymann steht für eine konsequente Weiterentwicklung des rot-weiß-roten Medienstandortes im 21. Jahrhundert.

Kultur

Verlässlichkeit in der Kunst- und Kulturfinanzierung

Trotz knapper Budgetvorgaben ist das Kunst- und Kulturbudget stabil. Der Staat ist ein verlässlicher Partner der Kulturinstitutionen und Kuschaffenden. Die Basisabteilungen für Bundesmuseen und Bundestheater konnten in den letzten Jahren trotz Wirtschaftskrise erhöht und die Planungssicherheit für kleinere Kulturinstitutionen und Initiativen mittels Zweijahresverträgen gewährleistet werden. Aktuell werden die Bundemuseen und Bundestheater durch Basisabteilungen von rund 250 Mio. Euro abgesichert und 88 Kulturinstitutionen verfügen über einen Zweijahresvertrag.

Freier Eintritt in Bundesmuseen für alle bis 19 Jahre

Seit 1. Jänner 2010 ist der Besuch aller österreichischen Bundesmuseen und der Nationalbibliothek für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 19. Lebensjahr kostenlos. Der Zugang zu Kunst und Kultur wird durch den „Freien Eintritt bis 19“ auf eine breite Basis gestellt. Familien mit Kindern werden deutlich entlastet und die Begeisterung für Kunst und Kultur gestärkt.

Mehr Kulturvermittlung

Mit dem Start der Aktion „Freier Eintritt bis 19“ intensivierten die Bundesmuseen und die Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB) auf Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) auch ihre Vermittlungsangebote. Das BMUKK fördert diese Vermittlungsinitiativen, um Museen und die ÖNB als Lernorte für Kinder und Jugendliche zu etablieren.

Kunst macht Schule

Durch die Einbeziehungen von Kuschaffenden in Schulen wird die Kulturvermittlung weiter gestärkt und die Kooperation zwischen Kunst- und Kultureinrichtungen ausgebaut. Beispiele dafür sind die Erfolgsinitiativen „Schauspiel aktiv!“ und „Macht/Schule/Theater“. Letztere Theaterinitiative ist Teil eines umfassenden Gewaltpräventionsprogramms.

Stärkung des österreichischen Films

Das Budget für das Österreichische Filminstitut wurde deutlich erhöht: von 9,6 Mio. Euro im Jahr 2006 auf 16,57 Mio. Euro. Zusätzlich wurde das Budget für den innovativen Film von 1 Mio. Euro 2006 auf 2 Mio. Euro verdoppelt. Außerdem wird das Film/Fernsehabkommen bis 2013 auf jährlich 8 Mio. Euro angehoben und gesetzlich verankert. Für die Förderung der Digitalisierung von Programm- und Regionalkinos gibt es 1 Mio. Euro an Förderungen.

Verstärkte Nachwuchsförderung

Im Bereich der Nachwuchsförderung wurden quer durch alle Kunstsparten 90 neue Stipendien eingeführt. Dafür gibt es 600.000 Euro.

Heimische Kunst vor den Vorhang

Durch Teilnahme an internationalen Ausstellungen und Messen, durch Mobilitätsförderung für Künstler und

durch Ausweitung der Auslandsstipendien wird die künstlerische Qualität in Österreich gestärkt und auch international noch sichtbarer gemacht.

Novelle des Kunstrückgabegesetzes

Durch die Novelle wurde der Anwendungsbereich für Kunstrückgaben inhaltlich, zeitlich und örtlich erweitert. Das Kunstrückgabegesetz wurde an die Anforderungen der Restitutionspraxis angepasst. Das stellt einen weiteren wichtigen Schritt der Entschädigungen für Opfer des NS-Regimes dar, die Restitutionsaktivitäten des Bundes wurden klar verbessert.

Stärkung der Öffentlichen Büchereien

Mit einem 3-Punkte-Programm wurde das Öffentliche Büchereiwesen gestärkt. Dieses Programm beinhaltet österreichweite Zielstandards zur Weiterentwicklung der Büchereien sowie den Ausbau der Kooperation mit dem Büchereiverband Österreichs als zentrale Servicestelle für das Öffentliche Büchereiwesen. Außerdem wurde das Förderbudget für die Öffentlichen Büchereien verdreifacht - von 160.800 auf 500.000 Euro.

Förderung regionaler Kulturaktivitäten und der kulturellen Vielfalt

Die Förderung für Kulturinitiativen in den Bundesländern wurde erhöht. Im Förderbereich „Volkskultur“ wurden die Budgetmittel um 12 Prozent auf 500.000 Euro aufgestockt. Gefördert werden u.a. internationale Kontakte der Volkskulturgruppen, um die Volkskultur zunehmend als Plattform für den Dialog der Kulturen zu positionieren.

Kompetenzzentrum für Künstlerinnen und Künstler

Durch die Schaffung eines Kompetenzzentrums bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft wurde eine eigene Servicestelle für alle Künstlerinnen und Künstler geschaffen. Außerdem wurde im KünstlerInnensozialversicherungs-Strukturgesetz (KSV-SG) die Möglichkeit zur Ruhendstellung der selbstständigen Tätigkeit geschaffen. Das erleichtert es Künstlern, Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zu beziehen. Bereits zuvor umgesetzt wurde die Erhöhung des maximalen Beitragszuschusses des Künstler-Sozialversicherungsfonds und eine Ausweitung und Erhöhung der Stipendienprogramme. Durch die Einführung mehrjähriger Förderverträge gibt es Planungssicherheit im Kunstbereich. Mit Genderbudgeting ist für eine bessere Steuerung der Frauenförderung gesorgt.

Investitionen bei den Bundesmuseen

Bei den Bundesmuseen wurden wichtige Infrastrukturprojekte realisiert bzw. in Angriff genommen. So wurde u.a. das „21 er Haus“ im November 2011 fertig gestellt, die Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums wird im Dezember 2012 wieder eröffnet.

Denkmalschutzförderung und Erhalt des kulturellen Erbes

Die Denkmalschutz-Förderquote von zehn Prozent wird beibehalten. Die Digitalisierungsstrategie der Bundesmuseen wird fortgeführt, um unser kulturelles Erbe zu erhalten.

Medien

Stärkung der rot-weiß-roten Rundfunkanstalten - Novelle ORF-Gesetz

Das neue ORF-Gesetz bringt eine neue unabhängige, weisungsfreie Medienbehörde im Verfassungsrang. Diese wacht über die Einhaltung aller Spielregeln durch den ORF und private Rundfunkunternehmen. Der ORF wird durch die Novelle auf gesunde wirtschaftliche Beine gestellt. Die durch die Gebührenbefreiung entgangenen Gelder werden abgegolten, der ORF wird bis zum Jahr 2013 insgesamt 160 Mio. Euro erhalten. Diese Mittel sind an klare Bedingungen gebunden:

Mehr Programm, mehr österreichisches Programm, ORF muss seinen Anteil österreichischer Produktionen steigern erstmalige Einführung einer 45%-Frauenquote, Absicherung des Radiosymphonieorchesters, mehr Barrierefreiheit im TV-Programm, Betrieb des Spartenkanals Information/Kultur.

Zwei neue ORF-Spartensender für Kultur, Information und Sport

Mit dem am 26.10.2011 neu gestarteten Info- und Kulturkanal ORF 3 werden Kunst und Kultur im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gestärkt. Der Spartenkanal ORF Sport+ bietet auch weniger bekannten Sportarten, dem Schulsport und dem Sport von Menschen mit Behinderung zusätzliche Sendeplätze im TV.

Medienförderung für private Rundfunkveranstalter

Erstmals wird es auch für private Rundfunkveranstalter Förderungen geben. Insgesamt geht es um 30 Mio. bis 2013, die aus den Einnahmen der Rundfunkgebühren finanziert werden.

Fernsehfonds Austria aufgestockt

Durch die Erhöhung der Mittel von 7,5 Mio. auf 13,5 Mio. Euro wird der Film- und Medienstandort Österreich weiter gestärkt, insbesondere der an Bedeutung gewinnende Bereich Filmproduktion.

Transparenzpaket, Datenschutz und Kontrollorgane

Medientransparenzgesetz

Die Informationstätigkeit von öffentlicher Hand und Gebietskörperschaften wird transparent und nachvollziehbar: Das Medientransparenzgesetz sieht vor, dass die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit künftig vierteljährlich offengelegt werden müssen. Ebenso werden die Eigentümerverhältnisse von Medienhäusern eindeutig deklariert.

Novelle des Datenschutzgesetzes

Durch die Novelle gibt es eine einheitliche Bundeszuständigkeit, klare gesetzliche Regeln für Videoüberwachung, Stärkung der Kompetenzen der Datenschutzkontrollbehörden und spürbare Verwaltungsvereinfachungen. Die Anmeldung bei registrierungspflichtigen Datenanwendungen ist vereinfacht worden.

Stärkung des Redaktionsgeheimnisses

Eine längere öffentliche Diskussion hatte eine Medienrechts-Enquete zur Folge, zu der gemeinsam mit dem Justizministerium geladen wurde. Das Ergebnis: das Redaktionsgeheimnis in Österreich wird gestärkt.

Finanzierung des Presserates und des Werberates

Beide Einrichtungen arbeiten erfolgreich an der Selbstkontrolle der österreichischen Medienlandschaft.

Einigung beim Publizistik- und Parteienförderungsgesetz

Steuermittel für staatsbürgerliche Bildungsarbeit dürfen nicht für Verhetzung, Herabwürdigung religiöser Lehren, Wiederbetätigung oder ähnliche Delikte missbraucht werden können.

Sport

Garantierte Bundessportförderung verdoppelt

Mit dem Glücksspielgesetz konnte Sportminister Norbert Darabos die Untergrenze der Besonderen Bundessportförderung von 40 auf 80 Millionen Euro verdoppeln. Das schafft Planungssicherheit für Vereine.

Scharfe Anti-Doping-Gesetzgebung

Neben der Verankerung des Sportbetrugs im Strafgesetzbuch brachte die Novelle zusätzliche Verschärfungen wie z.B. den lebenslangen Ausschluss aus der Bundessportförderung.

Wintersport: Initiative zur Belebung der schulischen Wintersportwochen

Die Zahl der Wintersportwochen sinkt seit mehreren Jahren kontinuierlich. Auf Initiative des Sportministeriums haben die betroffenen Ressorts (BMUKK, BMLVS, BMWF) gemeinsam mit dem Skiverband und der Wirtschaftskammer eine Servicestelle Wintersportwochen (www.wispowo.at) gegründet. Die Stelle bietet Service und Information rund um das Thema und wird gemeinsam mit den Ländern Pilotprojekte durchführen, um wieder mehr Schulen für die Durchführung von Skikursen zu gewinnen.

Spitzensport: Neue Perspektiven für Spitzensportler

Leistungssportlerinnen und Leistungssportler erhalten künftig eine besser Unterstützung beim Übergang ins Berufsleben nach Ende der sportlichen Karriere. Die Initiative „Karriere:danach“ (KA:DA) begleitet Sportler schon während der aktiven Karriere und hilft bei der beruflichen Neuorientierung.

Mehr Bewegung für Österreich: „Nationaler Aktionsplan Bewegung“

Sportministerium und Gesundheitsministerium haben 2011 einen „Nationalen Aktionsplan Bewegung“ initiiert. Der Plan soll in allen gesellschaftlichen Bereichen - von der Schule über die Arbeitswelt bis zur Pension - Wege für ein „bewegteres“ Leben aufzeigen und Maßnahmen für Bewegungsförderung vorschlagen.

Mehr Sport in der Schule

Mit einem Fünf-Punkte-Paket sorgt Bildungsministerin Claudia Schmied gemeinsam mit Sportminister Norbert Darabos für mehr Sport und Bewegung in der Schule. Dazu zählen die Einbindung des Vereinssports in den Schulalltag an Volksschulen und Kindergärten sowie eine 2 Millionen Euro-Förderung für Kooperationen mit dem Vereinssport, eine Qualitätsoffensive im Bewegungsunterricht an Volksschulen, der Neustart für die Bundes-Schulsportmeisterschaften sowie der qualitative und quantitative Ausbau des Angebots in den neuen Formen der Ganztagschulen.

Demokratie & Verwaltung

Mehr Demokratie durch Transparenz - Krisenbewältigung durch intelligentes Sparen bei der Verwaltung

Nach der Krise gilt es, Kosten des Staates zu senken, ohne auf Wachstumsmaßnahmen zu verzichten. Die SPÖ-geführte Regierung ist auf einem guten Weg. Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung werden abgebaut, Effizienz gesteigert, die Verwaltung modernisiert. Gleichzeitig wird durch Transparenz und Ausbau des Rechtsstaats die Qualität der Demokratie gestärkt.

Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit

120 Sonderbehörden werden auf neun Landesverwaltungsgerichtshöfe und zwei Bundesverwaltungsgerichte reduziert. Dadurch wird eine Steigerung der Rechtsstaatlichkeit und eine Beschleunigung der Verfahren erwartet.

Schaffung des Bundesamts für Asyl und Migration

Mit dem Bundesamt für Asyl und Migration werden 194 Behörden zu einer zusammengeführt. Damit werden Doppelgleisigkeiten und komplexe Strukturen beseitigt. Der Gesetzesvollzug wird so schneller und in jedem Bundesland einheitlich durchgeführt.

Verwaltungsreform Sicherheitsbehörden

Die bisher insgesamt 31 Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeidirektionen und Landespolizeikommanden werden im Sinne einer schlankeren Sicherheitsstruktur zu neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt. Ein wesentlicher Schritt hin zu einer effizienteren Verwaltung.

Historische Lösung des Ortstafelkonfliktes

Nach 56 Jahren Verhandlungsdauer wurde die Ortstafelfrage mit einem Verfassungsgesetz gelöst. In 164 Kärntner Ortschaften wurden zweisprachige Tafeln aufgestellt. Das neue Gesetz regelt auch die Amtssprache sowie die Förderungen für zweisprachige Privat- und Gemeindecindergärten, Musikschulen, Kulturprojekte und ein Dialogforum.

Lobbyistengesetz

Das Lobbyistengesetz wird für Transparenz bei der Einflussnahme auf Gesetzgebungsprozesse sorgen. Lobbyisten müssen sich künftig in ein öffentlich einsehbares Register eintragen und klar definierte Regeln einhalten. Zusätzlich wird es ein Provisionsverbot bei Rechtsgeschäften des Bundes geben.

Anti-Korruptionspaket

Damit Korruptionsfälle künftig verhindert bzw. schnell aufgedeckt werden können, sind Vertragsbedienstete, wenn sie Korruption bemerken und melden, ab 1. Jänner 2012 besser geschützt. Dadurch wird verhindert, dass Vertragsbedienstete aus Angst vor Konsequenzen Fälle nicht melden.

Europameister bei E-Government und moderner Verwaltung

Österreich ist beim E-Government Vorreiter in Europa. Plattformen wie www.HELP.gv.at werden stark und umfassend genutzt. Die Nutzung dieses Angebotes erspart den Bürgern zahlreiche zeitintensive Amtswege und dem Staat zahlreiche Amtsschalter. 2011 setzte die Regierung mehr als 40 Maßnahmen zur Modernisierung, Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung der Bundesverwaltung um. Alleine eine verstärkte, gemeinsame Nutzung der Serviceleistungen der Bundesbeschaffungsagentur durch Einkaufssynergien bringt Einsparungen von bis zu 14 Mio. Euro pro Jahr.

Erweiterung der Kompetenz für Volksanwaltschaft

Österreich hat bereits im Jahr 2003 ein internationales Abkommen zur Verhinderung von Folter sowie von

anderen grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlungen bzw. Strafen (OPCAT) unterzeichnet. Nun soll in Umsetzung dieses Übereinkommens die Volksanwaltschaft als zentrale Anlaufstelle zur Prüfung von Foltervorwürfen und zur Verhütung von Folter eingerichtet werden.

Verwaltungsvereinfachungen

Bis Ende 2010 konnten allein bei den Unternehmensinitiativen 564 Mio. Euro eingespart werden. Bei den Bürgerprojekten wurden bereits 8,9 Millionen Stunden des im Jahr 2010 anvisierten Einsparungspotentials von 11 Millionen Stunden erreicht.

Ankurbelung des internen Arbeitsmarkts

Überzählige Post- und Telekom-Beamte können für Verwaltungsarbeiten in den Polizeidienst wechseln. Dadurch bekommen sie nicht nur eine berufliche Perspektive, sondern entlasten auch die Polizei.

Frauenquote im Bundesdienst

Gleichstellung ist ein wesentliches Merkmal der Demokratie. Daher wird die Frauenquote im Öffentlichen Dienst von 40 auf 45 Prozent erhöht. Erstmals wird gesetzlich verankert, wie viele Frauen pro Ressort in Spitzenpositionen zu besetzen sind.

Förderung von Menschen mit Behinderung im Bundesdienst

Zirka 4.400 Menschen mit Behinderungen sind derzeit im Bundesdienst beschäftigt. In den letzten Jahren wurde die Behinderten-Einstellungsquote damit klar erfüllt. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein wesentliches Anliegen der Regierung.

Privilegien abgeschafft - Verbesserungen erreicht

Im Bereich des Öffentlichen Dienstes wurden zahlreiche Privilegien abgebaut. Der höhere Urlaubsanspruch für besser verdienende Beamte wurde abgeschafft und strengere Regelungen für Nebenbeschäftigungen wurden eingeführt.

Versprochen - gehalten

Ende Mai 2011 hat sich die Regierung bei einer Klausur am Semmering auf zahlreiche Projekte für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geeinigt. Eine Bilanz wenige Monate danach zeigt: Praktisch alle diese Projekte sind umgesetzt bzw. im Zeitplan.

Die wichtigsten Projekte der Regierung für die zweite Hälfte der Regierungsperiode

Im Zeitplan oder umgesetzt:

- ✓ Ausbau der Neuen Mittelschule
- ✓ Ausbau der Ganztagesbetreuung
- ✓ Oberstufe Neu
- ✓ Pädagoginnenbildung Neu (jener Teil, der sich mit der Besoldungsreform an den PHs beschäftigt) - laufend
- ✓ Sprachqualifizierung
- ✓ Qualitätssicherung an den Universitäten
- ✓ Strategien zum Lebensbegleitenden Lernen
- ✓ Ausbau der Kindergärten
- ✓ Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms (laufend)
- ✓ FTI-Strategie des Bundes
- ✓ Pflegepaket
- ✓ Monitoring für Krankenkassenreform (laufend)
- ✓ Erarbeitung Spitals- und Gesundheitsreform (laufend)
- ✓ Schaffung Bundesamt für Asyl und Migration
- ✓ Verstärkter Schutz von Kindern (Grooming - Anbahnung von Sexualkontakten mit Unmündigen über Internet)
- ✓ Nationaler Aktionsplan Integration (laufend)
- ✓ Transparenz bei Medien, Parteien; Lobbygesetz
- ✓ Österreich im UNO-Menschenrechtsbeirat
- ✓ Ökostromgesetz
- ✓ Klimaschutzgesetz
- ✓ Gaswirtschaftsgesetz
- ✓ Volksgruppenrecht - Kärntner Ortstafeln
- ✓ Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- ✓ e-Government (laufend)
- ✓ Verwaltungskosten senken für Bürger und Unternehmen (laufend)